Gemeinsame Erklärung marxistisch-leninistischer Parteien Lateinamerikas Seite 6/7

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 2 vom 14. Januar 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Vertrauliche Manövertelegramme enthüllen

Nato-Übung: Atombombe auf Schleswig-Holstein

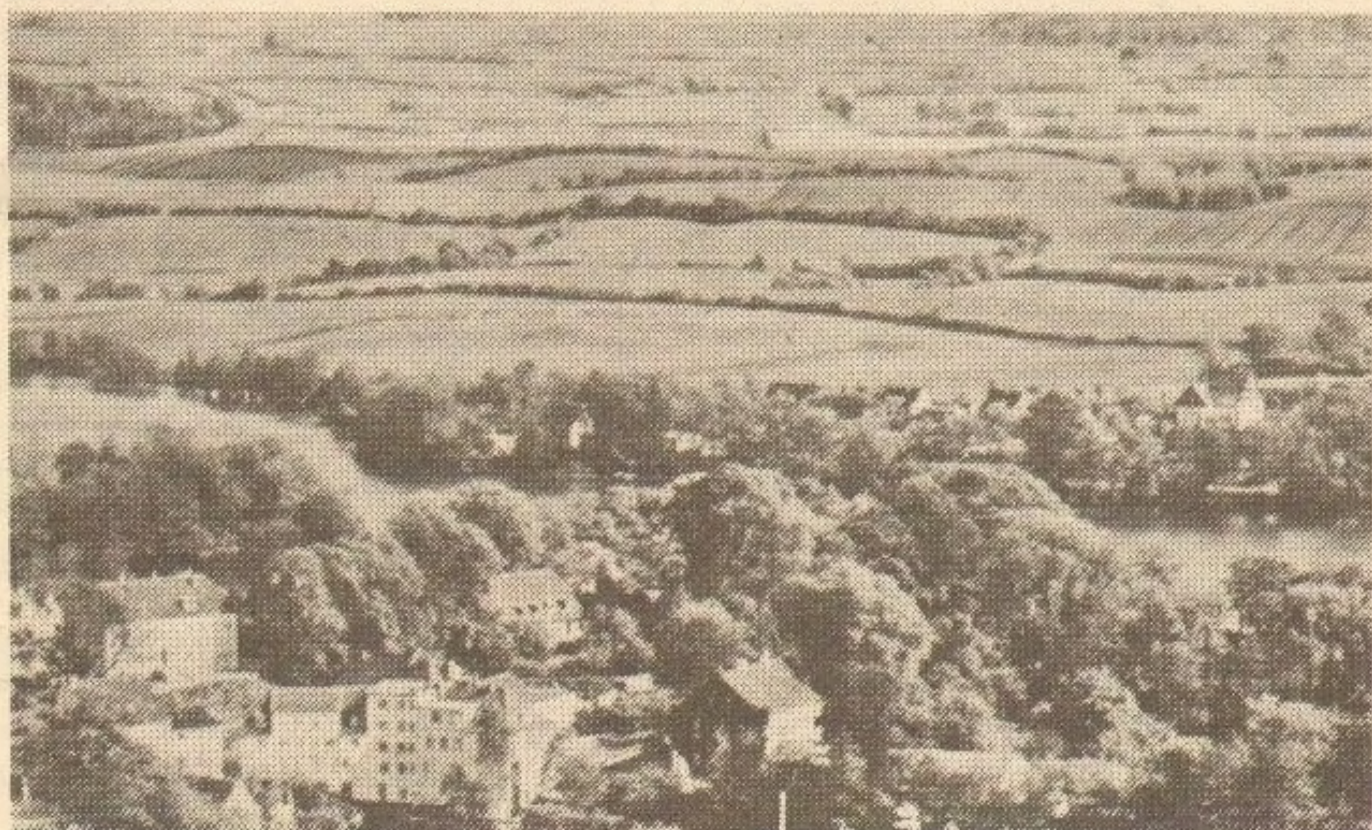
Im September 1976 wurde in ganz Westeuropa das NATO-Manöver „Autumn Forge" abgehalten. Während dieses Manövers probten die USA-Imperialisten den Einsatz von Atomwaffen in Schleswig-Holstein. Hier einer der Kernsätze aus einem als „vertraulich" eingestuften Telegramm, das während des Manövers von den „feindlichen" Truppen herausgegeben wurde. „Blau" bezeichnet in diesem Telegramm die NATO-Truppen. In dem Telegramm heißt es: „Im Ostseeraum schockte Blau (d. h. die NATO — RM) die Welt gestern abend durch den Gebrauch von Atomwaffen gegen loyale Orange-Soldaten im Gebiet von Schleswig-Holstein." Dieses und die anderen vertraulichen NATO-Telegramme, die wir auf der nächsten Seite im Faksimile abdrucken, dürfen nicht vertraulich bleiben. Sie gehen uns alle an. Jeder muß wissen, welche verbrecherischen Pläne die amerikanischen Imperialisten und ihre westdeutschen Bündnispartner für unsere Zukunft und für die unserer Kinder haben. Diese Pläne müssen durchkreuzt werden. Jeder Werktätige ist deshalb aufgerufen zum Kampf für die Vertreibung der amerikanischen Besatzer aus unserem Land; aufgerufen zum Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten, die diese Pläne unterstützen und an ihnen beteiligt sind.

Schleswig-Holstein: Verträumte Kleinstädte, die den zweiten Weltkrieg unbeschadet überstanden haben; weite Märschen an der Nordseeküste; fruchtbares Ackerland; die reizvolle Seenlandschaft der Schleswig-Holsteinischen Schweiz; die Ostseeküste mit ihren zahlreichen Förden; die Arbeiterstadt Kiel mit ihren Werften, die schon einmal während des zweiten Weltkrieges das Inferno des Bombenkrieges erlebte; die Heimat von über zweieinhalb Millionen Menschen, die hier leben und arbeiten. Für die Imperialisten zählen das Glück und die Zukunft dieser Menschen nichts, ebensowenig wie ihnen die Landschaft, die historischen Städte, die Dörfer und Häuser etwas bedeuten. **Städte und Dörfer in Schutt und Asche, die Menschen, die Tiere und das Land von radioaktivem Fallout verseucht, Tausende von Toten, Verwundeten und Verstümmelten, das ist die Zukunft, wie sie in den verbrecherischen Plänen des USA-Imperialismus und seiner westdeutschen Verbündeten im Falle eines neuen imperialistischen Krieges für das deutsche Volk vorgesehen ist und die sie bereits jetzt in den Manövern der NATO in der Praxis üben.**

NATO-Strategie: Völkermord

Glaubt man den Beteuerungen und Bekundungen der Regierungen der Bundesrepublik von Adenauer bis Helmut Schmidt, hätte das deutsche Volk keinen besseren Freund und Verbündeten als die USA. Glaubt man ihnen, gäbe es für die Werktätigen der Bundesrepublik vor einer Aggression des russischen Sozialimperialismus keinen besseren Schutz als eine starke NATO. Glaubt man ihnen, hätte die Bundeswehr selbst keinen anderen Sinn als die „Verteidigung der Freiheit" und den „Schutz der Lebensinteressen" der Werktätigen in unserem Land. Ihre Taten und die Pläne, die sie haben, entlarven aber alle diese Behauptungen als unverschämte, zynische Lügen. Jeder neue amerikanische Soldat, der auf westdeutschem Boden stationiert wird, jede neue amerikanische Atomrakete, deren Stellungen in unseren Wäldern gegraben werden, bedrohen die Werktätigen unseres Landes, unser Leben und unsere Zukunft.

Die völkermörderischen Pläne des amerikanischen Imperialismus, die im vollsten Einverständnis und unter Beteiligung des westdeutschen Imperialismus ausgearbeitet wurden, beschränken sich nicht auf Schleswig-Holstein. Im Fall eines imperialistischen Weltkrieges zwischen den beiden imperialistischen Supermächten, dem amerikanischen Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus, zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt, wollen die NATO-Strategen, wie die Zitate und Berichte auf Seite 2 beweisen, die Bundesrepublik in ein atomares Schlachtfeld verwandeln. Sie haben die Grenze zur DDR mit Atomminen vermint. In den Silos und Arsenalen der amerikanischen Besatzer lagern 7000 taktische Atomwaffen mit einer Reichweite von



Ein typisches Bild Schleswig-Holsteins. Die Manövertelegramme enthüllen, daß die Imperialisten bereit sind, dies alles in Schutt und Asche zu legen und radioaktiv zu verseuchen und Millionen Menschen zu ermorden.

Fortsetzung auf Seite 2

Vetter fordert Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich

Zynischer Betrug an der Arbeiterklasse

Am 2. Januar erklärte DGB-Boß Vetter in einem Interview mit Springers „Welt am Sonntag", man könne nicht ausschließen, daß der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in absehbarer Zeit mit Arbeitszeitverkürzungen o h n e Lohnausgleich begegnet werden müsse. Schon öfters wurden von Gewerkschaftsbossen Arbeitszeitverkürzungen als ein Mittel gegen Arbeitslosigkeit ausgegeben. Neu ist nun allerdings, daß ein Oberbonze des DGB ausdrücklich die Forderung nach Arbeitszeitverkürzungen o h n e Lohnausgleich auf den Tisch bringt. Praktisch läuft diese Forderung darauf hinaus, daß Vetter, genau wie wir es von den offiziellen Vertretern des Kapitals und der Regierung sattsam gewohnt sind, uns Arbeiter aufruft, „im Interesse des Ganzen" müßten wir unseren Gürtel noch enger schnallen und freiwillig Opfer bringen.

Um den arbeiterfeindlichen Charakter dieser Forderung zu verschleiern, versuchte Vetter in erwähntem Interview krampfhaft den Eindruck zu erwecken, als sei sie eine Drohung gegen die Kapitalisten: „Wir gehen da nicht so gern ran, aber wir haben die Keule in der Hand." Aber eine solche Forderung zu propagieren und die Vorstellung zu nähren, dadurch känne die Arbeitslosigkeit überwunden oder eingedämmt werden — das schadet nur den werktätigen Massen und nützt nur den Kapitalisten und ihrer Bonner Regierung. Die Erklärungen Vetters wurden denn auch begierig von den kapitalistischen Massenmedien aufgegriffen und ausgeschlachtet. Es paßt den kapitalistischen Schmarotzern nur zu gut ins Konzept, wenn den Arbeitern gepredigt wird, anstatt ihre Ausbeuter zu bekämpfen und sich gegen jede Entlassung, gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen entschlossen zu wehren, sollen sie lieber bei den Herren eine „gerechte Verteilung" der Arbeitslosigkeit erbetteln. Denn etwas anderes beinhaltet der „Vorschlag" Vetters nicht.

Vetter will spalten

Will „Arbeitnehmervertreter" Vetter etwa behaupten, schuld an der Arbeitslosigkeit seien nicht die Kapitalisten, sondern die Arbeiter und kleinen Angestellten, die noch Arbeit haben? Etwa weil sie „zu lange" arbeiten, um „viel Geld" zu verdienen? Auf jeden Fall steckt hinter dem scheinheiligen „Vorschlag" des DGB-Chefs und seinen unverschämten Appell an die sogenannte „Solidarität" der Versuch, zwischen die Arbeitslosen und diejenigen, die noch Arbeit haben, den Keil der Spaltung zu trei-

Fortsetzung auf Seite 4

Grosse öffentliche Abschlussveranstaltung

Es lebe der III. Parteitag der KPD/ML!

Samstag, 5. Februar 1977, 10 Uhr
Ludwigshafen, Friedrich-Ebert-Halle

AUS DEM INHALT

Sozialpolitik der SED — verschärfte Ausbeutung 3
Treff Carter — Breschnew 3
Welche Rolle spielt Bonn im Sicherheitsrat? 3
Medikamentenverbrauch in der DDR verdoppelt 3
Polizei mit Fernsehaugen 5
„Das war keine Zeugenvernehmung — das war ein Verhör" 5
Was der TÜV unter Neutralität versteht 5
Ein wichtiger Erfolg im Dienst des proletarischen Internationalismus 7

Vertrauliche Manövertelegramme

Die im folgenden im Faksimile abgedruckten Telegramme wurden im Rahmen des NATO-Manövers „Teamwork 76", das im September des vergangenen Jahres abgehalten wurde, herausgegeben. Dieses und andere Manöver waren Bestandteil von „Autumn Forge", einem großangelegten NATO-Manöver, das sich über ganz Europa erstreckte und am 10. September 1976 begann. Die Ausgangslage des Manövers war, kurz gesagt, folgende: Die Truppen des russischen Sozialimperialismus sind in Nordnorwegen eingefallen, haben Dänemark und Teile von Schleswig-Holstein besetzt und kontrollieren die Ausgänge der Ostsee in den Atlantik. Um diesem Angriff zu begegnen, landen NATO-Truppen in Mittelnorwegen (Namsos, Röhammeren). Gleichzeitig setzen die NATO-Truppen in Schleswig-Holstein und Dänemark taktische Atomwaffen ein.

Die Telegramme sind im Namen der feindlichen Manöverseite herausgegeben. Bei den als „Orange" bezeichneten Truppen handelt es sich also um die des russischen Sozialimperialismus; „Blau" bezeichnet die NATO-Truppen. Die vertraulichen Dokumente, die wir von dem „Komitee gegen die Supermächte" erhalten haben, beweisen klipp und klar, daß die USA-Imperialisten bereits den Einsatz von Atomwaffen in Westdeutschland üben, beweisen klipp und klar die verbrecherischen Absichten der amerikanischen und westdeutschen Imperialisten, Westdeutschland, Dänemark und andere Teile Europas im Fall eines Krieges nach der Taktik der verbrannten Erde in eine Atomwüste zu verwandeln.

```
n a t o  c o n f i d e n t i a l
1. ( nc) political - nil
2.(nc) military
a. land. in the namsos area, blue forces have expanded
their brigdehead and continue  to land the heavy waapons
to be used  for full scale attack. the forces in this
area are estimated  to be one brigade-strength unit. one
infantry battalion unit is moving south of altevatnet.
axm a  second infantry battalion has reported landdd with
armoured and artillery support in the roeahammaren area.

page 2 rxfnb 5300  n a t o c o n f i d e n t i a l
the third infantry battalion has been resupplied in the
area of fosslid and has thereby increased x its combat
effectiveness.
    an attack by this force against orgx orange
units in the area is considered imminent. the use of
chemical agents to gain advandage must be
expected. in the baltic area, blueappalled the world by
using nuclear weapons against loyal mrgxmmx orange soldiers in the
schleswig-holstein area last night. in spite of this over-whelming
act og aggression, mrgx orange ground units in the area mmmtinmmm
continue  to hold  their mmxmtimxtimmmm positions.
```

NATO — vertraulich
1. (Nv) politisch — nichts
2. (Nv) militärisch
a. Land. Im Gebiet von Namsos haben blaue Truppen ihren Brückenkopf erweitert und fahren fort, die schweren Waffen zum Gebrauch beim Angriff auf breiter Front an Land zu bringen. Die Kräfte in diesem Gebiet werden auf eine Einheit von der Stärke einer Brigade geschätzt. Eine Infanterie-Bataillon-Einheit bewegt sich von Altevatnet nach Süden. Ein zweites Infanterie-Bataillon ist, Berichten zufolge, in der Gegend von Röhammeren mit Panzer und Artillerieunterstützung gelandet.
Seite 2 rxfnb 53000 NATO — vertraulich
Das dritte Infanteriebataillon hat im Gebiet von Fosslid Nachschub erhalten und hat dadurch seine Gefechtswirksamkeit erhöht. Ein Angriff dieser Einheiten auf orange Einheiten wird als unmittelbar bevorstehend betrachtet. Der Gebrauch von chemischen Kampfstoffen, um einen Vorsprung zu erringen, ist zu erwarten. Im Ostseeraum schockte Blau die Welt gestern durch den Gebrauch von Atomwaffen gegen loyale orange Soldaten im Gebiet von Schleswig-Holstein. Trotz dieses überwältigenden Aggressionsaktes halten die orangenen Bodeneinheiten in dem Gebiet ihre Stellungen.

```
n a t o  c o n f i d e n t i a l

at midnight 21 sept the following open message was adressed
to blue by orange high command andxmmximmmd released to news
                                                    media:  /
quote, on the morning of 21 sept the blue alliance dmxixmiyx
                                                decisively
unmasked itself by its unscrupuious firing og a nuclear weapon
in a pmxmixtmdx
     populatated  area i northern Burope. the attention of the
```

NATO — vertraulich
Mitternacht des 21. September wurde die folgende offene Mitteilung vom Oberkommando Orange an Blau gerichtet und den Nachrichtenmedien übergeben: „Am Morgen des 21. September entlarvte sich die blaue Allianz entscheidend durch das skrupellose Abfeuern einer Atomwaffe in einem bevölkerten Gebiet in Nordeuropa."

Atombombe auf Schleswig-Holstein

Fortsetzung von Seite 1

10 bis ca. 400 Kilometer. Ein hundert Kilometer breiter Gebietsstreifen von der Grenze der DDR — das sind 40% der Fläche, 30% der Bevölkerung und 24% des Industriepotentials der Bundesrepublik — ist von ihnen zur „Todeszone" deklariert worden, in der jedes Leben, jede Stadt, jedes Dorf und jede Fabrik ausgelöscht werden soll. Ähnliche Pläne bestehen auch für andere Gebiete der Bundesrepublik, für Dänemark, Belgien und die Niederlande. Das alles hat mit der Verteidigung der Freiheit und dem Schutz vor einer Aggression nicht das geringste zu tun. **Es ist kaltblütiger, systematisch geplanter Völkermord.**

Imperialistische Räuber

Die amerikanischen Imperialisten sind gefährliche Räuber. Sie schützen nicht die Freiheit der Werktätigen unseres Landes, sondern bedrohen sie. Sie streben nach der Beherrschung der ganzen Welt und sind bereit, für dieses Ziel einen neuen imperialistischen Weltkrieg vom Zaun zu brechen. Für sie ist unser Land ein Schlachtfeld, sind wir Kanonenfutter.



Bereits im zweiten Weltkrieg setzte die US-Kriegsführung ihre Bombenflugzeuge vor allem gegen die Zivilbevölkerung ein. Am 12. und 13. Februar 1945 wurde die Stadt Dresden, die mit Hunderttausenden Zwangsevakuierten aus dem Osten angefüllt war, sinnlos zerstört. Der Besitz von Atombomben ermöglicht es den Imperialisten, in noch viel wahnsinnigerem Umfang ihren Völkermord zu betreiben.

Kein Zweifel, die Sowjetunion von heute ist ebenfalls eine imperialistische Supermacht, die bereits einen Teil Deutschlands besetzt hält und unser Land mit Krieg bedroht, die ebenfalls danach strebt, die ganze Welt zu beherrschen. Sie wird in einem imperialistischen Krieg ebenfalls skrupellos Atomwaffen einsetzen. Es wäre aber Selbstmord, sich im Kampf gegen die eine Supermacht auf die andere zu stützen; sich zum „Schutz vor dem Warschauer Pakt" der NATO zu unterwerfen und dazu aufzurufen, ist verbrecherisch. Aber gerade das behaupten die westdeutschen Imperialisten, die Abgeordneten des Bundestages, die Politiker der bürgerlichen Parteien von Franz-Josef Strauß bis zu Helmut Schmidt. Sie wollen die Werktätigen unseres Landes nicht nur mit ihrer lügenhaften Propaganda über den „atlantischen Schutzschild" betäuben. Sie selbst haben die Pläne des amerikanischen Imperialismus gegen unser Volk unterschrieben und beteiligen sich an ihrer Verwirklichung. Was jetzt noch ein Manöver ist, ist die Vorübung für den blutigen Ernst eines imperialistischen Krieges. Im Verein mit den amerikanischen Imperialisten hoffen die Krupp und Thyssen, die zweimal einen Weltkrieg angezettelt haben, ihre revanchistischen Ziele und Großmachtträume zu verwirklichen. Sie sind dafür bereit, Deutschland zu verwüsten und den Tod von Millionen von Menschen in Kauf zu nehmen.

Amis raus aus Westdeutschland! Besatzertruppen raus aus ganz Deutschland!

Die amerikanischen Besatzer in unserem Land sind Feinde des deutschen Volkes, ebenso wie es die russischen Besatzer in der DDR sind. Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO widerspricht den Lebensinteressen der Werktätigen, ebenso wie die Mitgliedschaft der DDR im Warschauer Pakt. Sie ist zugleich eine Bedrohung für unsere Nachbarvölker. Wenn NATO-Truppen unter Beteiligung deutscher Soldaten in Dänemark einmarschieren, wenn dort ebenfalls Atombomben abgeworfen werden, wie die „vertraulichen" Telegramme ebenfalls beweisen, stehen wir in einer Reihe mit den dänischen Werktätigen im Kampf gegen den verbrecherischen Imperialismus. Wir können kein Interesse an der Stationierung der amerikanischen Besatzer in unserem Land und an einer Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO haben. **Sie müssen verjagt werden, ebenso wie die Herrschaft der deutschen Bourgeoisie in Ost und West gestürzt werden muß, damit wir in einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland in Freiheit leben können.**

"Es gibt genug Deutsche, die für die USA-Interessen sterben können."

Die nachfolgenden Zitate und Berichte dokumentieren die grenzenlose Skrupellosigkeit, mit der die amerikanischen Imperialisten und ihre westdeutschen Bündnispartner, die NATO-Strategen, Millionen von deutschen Werktätigen zum Tode verurteilen, mit der sie planen, unsere Heimat in eine Atomwüste zu verwandeln. „Verbrannte Erde" heißt das Konzept der NATO-Strategen für den Fall eines neuen imperialistischen Weltkrieges, zu dem die beiden imperialistischen Supermächte, der amerikanische Imperialismus und der russische Sozialimperialismus und die unter ihrer Kontrolle stehenden aggressiven Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt rüsten. Ohne Rücksicht auf die Lebensinteressen des deutschen Volkes hoffen die westdeutschen Imperialisten in einem solchen Krieg ihre revanchistischen Ziele und Großmachtträume zu verwirklichen. Die Pläne zum Völkermord existieren seit der Zeit nach dem 2. Weltkrieg, als die amerikanischen Imperialisten Westdeutschland in ein Waffenlager und Aufmarschgebiet gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion machten, als sie unumschränkt in Westdeutschland herrschten, als die deutschen Imperialisten sich mit Haut und Haaren an die amerikanischen Imperialisten verkauften und die nationalen Interessen des deutschen Volkes gegen Dollars verrieten.

Sie haben sich bis heute, wo die westdeutschen Imperialisten von Vasallen zu Verbündeten des USA-Imperialismus geworden sind, nicht geändert.

General Arthur S. Collins, Stellvertretender Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa von 1971 bis 1974, in einer Rede aus dem Jahr 1950:

„Es gibt genug Deutsche, die für die USA-Interessen sterben können."

Ebenfalls in den fünfziger Jahren erklärte der Abgeordnete des amerikanischen Repräsentantenhauses, Robert Poage:

„Wir können unseren Verbündeten nur versichern, daß wir der Aufgabe, Kommunikationswege und Produktionskapazitäten (in Westeuropa) zu zerstören, viel besser nachkommen würden, als jede andere Armee, die in den letzten tausend Jahren durch diesen Raum gezogen ist. Wir werden keine Brücke stehenlassen, wir werden jede Kohlengrube ersäufen, wir werden die Fabriken dem Erdboden gleichmachen, wir werden alles zerstören."

Entsprechend handelten die amerikanischen und anderen imperialistischen Besatzer und ihre westdeutschen Lakaien. Das „Freie Volk" berichtet am 18. März 1953:

Über Westdeutschland wurden britische Luftmanöver abgehalten, wobei unter anderem Atombombenabwürfe geübt wurden. Die Luftkriegsübungen gehen von der Annahme aus, daß Westdeutschland zur Zone der verbrannten Erde erklärt wird und alle Industrie- und Verkehrsanlagen zerstört werden sollen.

„Freies Volk" vom 16. 10. 1953:

Die Zeitung „US-News and World-Report" berichtet, daß US-Atomkanonen im Falle eines Krieges das östliche Rheingebiet in eine Todeszone verwandeln sollen. Die Zeitung kündigt an, daß „die großen Atomkanonen am Rhein, der mächtigsten Flußbarriere in Europa eingesetzt werden."

Die amerikanischen Imperialisten verminten Brücken und Straßen und planten sogar, durch die Sprengung des Rheinufers am Loreleifelsen und an anderen Stellen, das Rhein-Main-Dreieck in eine Wasserwüste zu verwandeln. Die damals eingerichteten Sprengkammern sind noch heute intakt, neue kamen hinzu. In einem langen Bericht der „Süddeutschen Zeitung" vom 26. 9. 1950 heißt es unter anderem:

„Kaum einem der unbeschwerten Besucher werden die schweren Gullideckel auffallen, die sich auf die Straßen des rechtsrheinischen Gebiets verteilen. Unter ihnen bohren sich, viereinhalb Meter tief, ausgemauerte Sprengschächte in den Felsboden. Es sind die gleichen Deckel, die vor zwei Monaten an der Lorelei einen hitzigen Disput in der öffentlichen Meinung auslösten."

Und heute? In einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" vom 20. März 1976 heißt es:

„Längs der Demarkationslinie befinden sich Schächte für Atomminen, die durch Funkimpulse zur Detonation gebracht werden können."

Hören wir zum Schluß den Bericht des Wehrexperten des „FAZ", Adelbert Weinstein, eines ausgesprochenen Lakaien des US-Imperialismus, vom 11. 9. 1976:

„Folgerichtig ist die Feuerkraft der atlantischen Kampftruppen und der Luftwaffen auf Ziele in der Bundesrepublik konzentriert. Die ‚Killzonen' der amerikanischen 7. Armee liegen in westdeutschen Gebietsstreifen. Das geht aus der Analyse der amerikanischen taktischen Vorstellungen hervor."

„Die Planung sieht vor, wenn notwendig, den konventionellen Krieg in einen begrenzten taktisch-atomaren Krieg übergehen zu lassen. Die taktischen Atomwaffen würden in der Anfangsphase ebenfalls nur auf westdeutschem Boden detonieren."

„Diese Feststellung übernehmen wir aus einer Studie des aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen amerikanischen Generals Arthur S. Collins. Er war von 1971 bis 1974 stellvertretender Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa und kennt die gültige Planung genau. Der General sagt, daß ein taktischer Atomkrieg überwiegend in Westdeutschland abrollen würde."

„Seine Argumentation ist aber zugleich der Beweis, daß die gültige Sicherheitsplanung die Bundesrepublik vernichten müßte, weil hier die Masse der 7000 taktischen Atomwaffen, der Hunderttausende von klassischen Bomben und die Millionen eigener Granaten ihre Ziele fänden."

Kurz berichtet

KASSEL

Am 31. 12. 76 kamen rund 40 Freunde und Genossen aus Kassel zur Feier des 8. Jahrestags der Gründung der Partei. Es herrschte eine fröhliche und kämpferische Stimmung, zu der eine kleine Kapelle, die zum ersten Mal auftrat, einen großen Teil beitrug. Eine Tombola und Tanz rundeten das Bild der Feier ab.

WIESBADEN

Am 2. Januar fand in Wiesbaden eine Veranstaltung zum 8. Jahrestag der Gründung der KPD/ML statt. Über 80 Freunde und Genossen waren gekommen. Im ersten Teil der Veranstaltung wurde mit verschiedenen Beiträgen ein Rückblick auf das vergangene Jahr gegeben. Im zweiten Teil wurden verschiedene kulturelle Beiträge geboten, unter anderem auch von iranischen Genossen. In den Pausen zwischen den einzelnen Beiträgen wurde getanzt. Eine Tombola erbrachte 846,70 DM für die Partei.

FLENSBURG

Wie schon im Jahr zuvor trafen sich am 2. 1. 77 Genossen und Sympathisanten der Partei am Grabmal des Genossen der KPD Paul Hoffmann, um ihn an seinem Todestag mit einem Kranz zu ehren. Genosse Paul Hoffmann war am 2. 1. 1920 nach einem Verhör der Sipo „auf der Flucht erschossen worden". Ihm wurde vorgeworfen, an der Vorbereitung einer bewaffneten Erhebung führend beteiligt gewesen zu sein. An seiner Beerdigung nahmen am 4. 1. 1920 30000 Flensburger teil. Anschließend versuchten sie die Flensburger Polizeikaserne zu stürmen. Die Polizei erschoß dabei 11 Arbeiter und verletzte über zwanzig.

FRANKFURT

Am 15. 12. 76 lud der KSB/ML Frankfurt zu einer Diskussionsveranstaltung zum Programmentwurf der KPD/ML ein. Es kamen mehrere Sympathisanten und Freunde. Nach einem einleitenden Referat wurde über entscheidende Punkte des Programms diskutiert. Auch über die Aufgaben des KSB/ML wurde anhand des Kampfes gegen das Hochschulrahmengesetz gesprochen. Eine Spendensammlung ergab 24,50 DM zur Unterstützung des Kampfes der Partei.

DARMSTADT

Rund 70 Freunde und Genossen, darunter viele iranische Freunde feierten den 8. Gründungstag der KPD/ML in Darmstadt in einer Hütte im Wald an einem großen Kamin. Das Fest begann mit einem Wettbewerb zwischen den Darmstädter und Bergsträßer Genossen darum, wer am schnellsten im Freien bei schwierigen Verhältnissen das größte Freudenfeuer entfachte. Nachdem zwei große Feuer loderten, wurden Würstchen gegrillt. Der AP-Trupp „Barrikade" aus Starkenburg Stimmte Lieder an, die von allen begeistert mitgesungen wurden. Ein Genosse hielt eine Ansprache, in der die zurückliegende Arbeit betrachtet wurde. Dann wurden viele deutsche und iranische Lieder gesungen.

HAMBURG

In der Nacht zum Samstag, den 8. Januar wurde im „Buchladen Ernst Thälmann" in Hamburg-Wilhelmsburg die Scheibe der Ladentür eingeschlagen. Als Täter kommen die D„K"P-Revisionisten in Frage, die dort des öfteren provokativ aufgetreten sind.

Dieser Ausgabe liegt eine Beilage bei

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Honeckers Neujahrsadresse

Sozialpolitik der SED – verschärfte Ausbeutung

Daß die Neujahrsadresse Erich Honeckers an die „Bürger unserer Republik" jemanden vom Stuhl gerissen hat, ist nicht zu vermuten. Eher dürfte so mancher Leser des „Neuen Deutschland" die erste Seite einfach überblättert haben; denn es sind stets die gleichen abgestandenen Phrasen, die Erich Honecker einfallen, wenn er zu festtäglichen Anlässen in die Pose des gütigen Landesvaters schlüpft.

Wir wollen uns mit dem verlogenen Wortgeklingel von Frieden, Humanismus, Sozialismus usw. nicht weiter aufhalten, sondern lieber prüfen, ob sich inmitten der betrügerischen Phrasen nicht wenigstens einige Hinweise darauf finden, was tatsächlich in diesem Jahr auf die Werktätigen der DDR zukommen wird, falls die Werktätigen der DDR der neuen ostdeutschen Bourgeoisie und ihren Moskauer Oberherren nicht einen dicken Strich durch die Rechnung machen.

Erich Honecker verspricht nicht wenig: „ ... *und schon am ersten Tag des neuen Jahres werden die nächsten Verbesserungen, vor allem für Schichtarbeiter, wirksam. Das Jahr 1977 bringt noch mehrere wichtige Termine dieser Art. Es steht wiederum im Zeichen der Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik.*". Wie diese Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik aussieht, läßt sich sehr gut an der wichtigsten der von Honecker gerühmten „Verbesserungen" erkennen: die Schichtarbeiter erhalten nun in der DDR drei Tage mehr Urlaub. Was aber steckt hinter dieser „sozialpolitischen" Maßnahme der SED? Die massive Ausweitung der Schichtarbeit. vor allem die Verstärkung der Nachtarbeit auf breiter Front, hat große Unzufriedenheit und Empörung unter den betroffenen Arbeitern hervorgerufen. Sie glauben den Phrasen der SED-Bonzen, die behaupten, die Ausweitung der Schichtarbeit sei im Interesse der Werktätigen, nicht, sondern sehen darin völlig richtig eine Verschärfung der Ausbeutung, die nur den Profit der neuen ostdeutschen Bourgeoisie und der russischen Sozialimperialisten steigern soll. Die drei Tage zusätzlichen Urlaub sollen nun die Wogen der Unzufriedenheit glätten und die Arbeiter mit der Ausweitung der Schichtarbeit und der damit verbundenen verschärften Ausbeutung versöhnen. Es liegt auf der Hand, daß der Profit, den die Honecker-Clique durch die Ausweitung der Schichtarbeit zusätzlich aus den Arbeitern herauspreßt, unvergleichlich größer ist als das, was den Arbeitern nun in Form von drei zusätzlichen Urlaubstagen an „Verbesserungen" zugestanden wird. Genauso klar ist, daß der körperliche Verschleiß, der durch die Nachtarbeit hervorgerufen wird, in keiner Weise durch drei Urlaubstage aufgewogen wird. So sieht Honeckers Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik also aus. Es ist die Einheit von Zuckerbrot und Peitsche. Die sogenannten „sozialpolitischen Maßnahmen", um die die SED-Bonzen immer soviel Tamtam machen, sind das Zuckerbrot, damit die Arbeiter der Honecker-Clique nicht die Peitsche der ständig verschärften Ausbeutung aus der Hand schlagen. In Honeckers SED-Jargon klingt das natürlich viel „wissenschaftlicher": „*Fundament des sozialen Fortschritts in der Deutschen Demokratischen Republik bleiben auch künftig hohe Leistungen.*"

Obwohl Honecker eifrig bemüht ist, allseits Optimismus zu verbreiten, hält er es doch für ratsam, die Möglichkeit einer Verschärfung der Krisenerscheinungen in der DDR anzudeuten. So schreibt er: „*Es ist zu berücksichtigen, daß sich aus den imperialistischen Krisenerscheinungen außenwirtschaftliche Erschwernisse für die Ökonomie der Deutschen Demokratischen Republik ergeben.*" Solche „außenwirtschaftlichen Erschwernisse", die sich längst in binnenwirtschaftliche Krisenanzeichen gewandelt haben, sind, davon spricht Honecker natürlich nicht, im Rahmen der vielgerühmten „sozialistischen Integration" vor allem von der Sowjetunion auf die DDR abgewälzt worden. Das gilt besonders für die von Moskau vorgenommenen Rohstoffpreiserhöhungen. Es zeigt Honeckers Rolle als Vasall der neuen Zaren im Kreml besonders deutlich, daß er selbst in dieser Frage gegenüber der Sowjetunion noch lobhudelt: „*Für unseren stabilen ökonomischen Fortschritt sind gerade die planmäßigen sowjetischen Lieferungen an vielen Rohstoffen, Maschinen und Konsumgütern lebenswichtig.*" Richtig ist daran nur, daß die Rohstofflieferungen der Sowjetunion für die DDR lebenswichtig sind. Aber nicht, weil sie im Geiste der gegenseitigen Hilfe erfolgen, sondern weil die russischen Sozialimperialisten die DDR in eine völlige Abhängigkeit gezwungen haben.

Honecker hat noch eine andere Erklärung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten parat: „*Wir haben auch noch manche Hinterlassenschaft aus der Zeit des Kapitalismus zu überwinden.*" Sicher hat die SED sich auch bestimmter Hinterlassenschaften des alten Kapitalismus angenommen, allerdings nicht um sie zu „überwinden", sondern um sie — wie z. B. das Kleinkapital, die kleinen Privatbetriebe — nach Kräften zu fördern und zu entwickeln. Vor allem aber hat die Ulbricht-Honecker-Clique den Kapitalismus in der DDR wieder vollständig restauriert. Wenn Honecker plötzlich von der Überwindung der „Hinterlassenschaften des Kapitalismus" spricht, dann zeigt das, daß es für die Honecker-Clique immer schwieriger wird, die Arbeiterklasse und die Werktätigen darüber zu täuschen, daß in der DDR kein Sozialismus mehr herrscht, sondern die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung durch die neue ostdeutsche Bourgeoisie und den russischen Sozialimperialismus.

Honecker und die anderen SED-Revisionisten verbreiten die Lüge, in der DDR sei der Klassenkampf erloschen. Zweifellos ist da der Wunsch der Vater des Gedankens und die Werktätigen der DDR werden in diesem Jahr sicher neue Beweise dafür liefern, daß der Klassenkampf in der DDR nicht nur existiert, sondern daß die Arbeiterklasse erstarkt und ihren Kampf verstärkt.

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML, SEKTION DDR
Spendenkonto: Vorstand der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr.: 321 004-547 und
KPD/ML-Spendenkonto
PschKto. 6 420-467, PschA Dtm.
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Als Honecker die Werktätigen der DDR mit seiner Neujahrspredigt behelligte, jährte sich zum ersten Mal der Tag der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. Ein Jahr ist vergangen und die Sektion unserer Partei hat sich in diesem Jahr konsolidiert, Erfahrungen in den ersten Aktionen gesammelt. Den Sozialfaschisten ist es nicht gelungen, den Aufbau unserer Partei in der DDR zu verhindern, unsere Genossen zu verhaften und die noch schwache Sektion zu zerschlagen. Das ist ein großer Sieg der Sektion unserer Partei und der Werktätigen der DDR. Unter der Führung der Sektion DDR werden die Werktätigen der DDR im vor uns liegenden Jahr weitere Erfolge im Kampf gegen die sozialfaschistische Diktatur der neuen ostdeutschen Bourgeoisie und ihrer Moskauer Oberherren erringen.

— Anzeige —
RADIO TIRANA
Ausgewählte Sendungen
Aktuelles Nachrichtenbulletin des einzigen sozialistischen Senders in Europa in deutscher Sprache
(erscheint 14tägig)
- Einmalig in deutscher Sprache.
- Auswahl der wichtigsten in diesem Zeitraum ausgestrahlten deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana
- Berichte über den Aufbau des Sozialismus in Albanien
- Albaniens Ansichten in internationalen Fragen
- Theoretische Artikel
- Wichtige Erklärungen und Dokumente

Abonnements zu beziehen durch:
Rotfront-Verlag, Postfach 3746, 23 Kiel 1, Tel.: 0431/61906

Medikamentenverbrauch in der DDR verdoppelt

In den letzten 10 Jahren hat sich der gesamte Medikamentenverbrauch in der DDR verdoppelt. Das aber hat nichts mit einer Verbesserung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung zu tun. Deutlich wird das, wenn man sich ansieht, welche Mittel vor allem im Verbrauch gestiegen sind.

So lag die DDR bereits vor 6 Jahren mit einem Schmerzmittelverbrauch von 60 Tabletten pro Kopf und Mann mit an der Weltspitze. Das ist erheblich mehr als der Schmerzmittelverbrauch in Westdeutschland. Die Tatsache, daß in Westdeutschland wie in der DDR immer mehr Werktätige über ständige Kopfschmerzen, Nervenschmerzen usw. leiden, ist eine Folge der ständig verschärften Arbeitshetze. Die kapitalistische Medizin aber beseitigt nicht in erster Linie die krankheitsmäßigen Ursachen für diese Schmerzen, sondern zielt vor allem darauf ab, die Werktätigen so schnell wie möglich wieder an die Arbeit zu schicken. Deshalb werden gegen Schmerzen einfach Schmerztabletten verordnet, die die Krankheit nicht heilen und in der Regel sogar schwere gesundheitsschädliche Nebenwirkungen haben.

Neben dem der Schmerztabletten ist in der DDR vor allem der Verbrauch von Psychopharmaka, also von Mitteln, die Stimmung und Verhaltensweisen der Menschen beeinflussen, gestiegen. Diese Arzneimittel, deren Verbrauch auch in Westdeutschland ständig ansteigt, werden verschrieben und eingenommen, weil Menschen ihre durch Ausbeutung und Unterdrückung hervorgerufene elende Lage nicht mehr ertragen und darüber verzweifeln. Wie in der DDR so ist in allen kapitalistischen Ländern eine wachsende Zahl von Menschen von diesen Drogen abhängig.

So werfen die Zahlen über den Anstieg des Medikamentenverbrauchs in der DDR ein bezeichnendes Licht auf das physische und psychische Elend der Werktätigen, das die Restauration des Kapitalismus in der DDR hervorgerufen hat.

Treff Carter-Breschnew

Ein neuer Abrüstungsbetrug

Noch vor dem Amtsantritt des neuen US-Präsidenten Carter ist ein Treffen zwischen Carter und Breschnew angekündigt worden das noch vor September dieses Jahres in den USA stattfinden soll. Gleichzeitig haben sowohl Moskau als auch Washington eine Reihe von Vorschlägen und Angeboten gemacht, wie angeblich die „Abrüstungs- und Entspannungspolitik" fortgesetzt werden könne.

So haben Breschnew und Carter sich gegenseitig ihre Bereitschaft versichert, über ein Verbot von Atomwaffen-Tests zu verhandeln. Geplant ist weiterhin noch dieses Jahr ein neues Abkommen über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT II), das vor allem eine Begrenzung der Zahl der Kernwaffen, insbesondere der Raketen mit Mehrfachsprengköpfen, zum Gegenstand haben soll.

Solche Vorschläge sind keineswegs neu. Wie die letzten Jahre bewiesen haben, führen die Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Supermächten keineswegs dazu, daß die Kriegsgefahr gemindert wird oder daß seitens der beiden Supermächte tatsächlich Maßnahmen zur Verringerung der Rüstung und der Kriegsvorbereitungen getroffen werden. So beinhaltete beispielsweise das letzte Abkommen zwischen Ford und Breschnew über die Begrenzung der strategischen Rüstung, das 1974 in Wladiwostok abgeschlossen wurde, keineswegs eine Reduzierung dieser Waffen, sondern legte im Gegenteil eine weitere Aufrüstung in diesem Bereich fest.

Ähnlich muß der Vorschlag eingeschätzt werden, über ein Verbot von Atomwaffen-Tests zu verhandeln. Auf der einen Seite liegt es sowohl im Interesse des russischen Sozialimperialismus als auch des USA-Imperialismus, ihre Überlegenheit auf atomarem Gebiet abzusichern und anderen Ländern, die sie nicht völlig in der Hand haben, eine eigene Atomwaffenentwicklung zu verbieten. Andererseits wird die sich ständig verschärfende Rivalität der beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft, die die Hauptquelle für die Kriegsgefahr in der gegenwärtigen Welt ist, auch auf atomarem Gebiet ein immer heftigeres Wettrüsten hervorrufen. Damit sind die Grenzen für die Möglichkeiten eines solchen Abkommens abgesteckt. Wenn die geplanten Gespräche überhaupt zu einem Abkommen führen, dann wird dieses Abkommen die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte, die die atomare Aufrüstung einschließen, in keiner Weise berühren, sondern wird nur darauf ausgerichtet sein, die Vorherrschaft der Supermächte auf atomarem Gebiet abzusichern.

Den Friedens- und Entspannungsphrasen der Imperialisten, vor allem der beiden Supermächte, dürfen die Völker keinerlei Glauben schenken. Sie sind nur der Rauchvorhang, hinter dem die beiden Supermächte und ihre Bündnispartner und Vasallen in Wirklichkeit fieberhaft ihre Kriegsvorbereitungen verstärken. Nur der revolutionäre Kampf der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker ist eine wirksame Waffe gegen die Gefahr imperialistischer Kriege und für ihre vollständige Beseitigung durch den weltweiten Sturz des Imperialismus.

Welche Rolle spielt Bonn im Sicherheitsrat?

Seit dem 1. Januar ist Westdeutschland für die kommenden zwei Jahre Mitglied im Sicherheitsrat der UNO, dem neben den fünf ständigen Mitgliedsländern USA, Sowjetunion, Frankreich, England und der Volksrepublik China zehn weitere Mitgliedsländer angehören. In einem Interview, das Außenminister Genscher vor einigen Wochen der Bremer „Nordsee-Zeitung" gab, ließ er keinen Zweifel daran, daß die westdeutschen Imperialisten diese Mitgliedschaft nutzen werden, um selbst ihre Macht und ihren Einfluß in der Welt zu vergrößern und sich noch mehr als bisher in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen.

Die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der UNO entspricht voll und ganz den Ambitionen der westdeutschen Imperialisten, ihre politische Macht, ihren Einfluß auf der Welt in Konkurrenz mit den anderen Imperialisten auf Kosten der Völker auszuweiten. Genscher selbst sprach in dem Interview in chauvinistischer Weise davon, daß die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat „Ausdruck für das gestiegene wirtschaftliche und politische Gewicht" des westdeutschen Imperialismus sei. Und er ließ auch keinen Zweifel daran, daß man alles tun wolle, um dieses weiterhin zu steigern: „Wir werden bemüht sein", betonte Genscher, „unser Land zu einem kraftvollen Faktor in der internationalen Zusammenarbeit zu machen."

Was das bedeutet, haben die westdeutschen Imperialisten anschaulich in der „Europäischen Gemeinschaft" bewiesen, wo sie sich ebenfalls als „kraftvollen Faktor der Zusammenarbeit" bezeichnen. Seit Jahren haben die westdeutschen Imperialisten im Schatten des US-Imperialismus und mit seiner Unterstützung um die Vorherrschaft in der EG mit Zähnen und Klauen gekämpft. In dem Maße, wie er durch Kapitalexport, Kredite usw. seinen Einfluß auch in Afrika, Lateinamerika und vielen anderen Ländern verstärkte, erhob er immer lauter seine Stimme, um seinen Anspruch anzumelden, bei den internationalen Angelegenheiten wie auch bei den verschiedenen inneren Angelegenheiten anderer Länder neben den beiden Supermächten mitreden zu wollen.

All das zeigt, daß die westdeutschen Imperialisten an der Seite der beiden imperialistischen Supermächte immer offener danach streben, an der imperialistischen Weltherrschaft gegen die Völker, an ihrer Ausbeutung und Unterdrückung stärker beteiligt zu werden. In diesem Sinne auch werden sie im Sicherheitsrat der UNO zu wirken versuchen.

Die Rolle des westdeutschen Imperialismus sowohl in Westeuropa wie in breiten Teilen der Welt beobachten die Völker der Welt mit wachsender Wachsamkeit. Sie haben schon einmal erlebt, daß den deutschen Imperialisten jedes Mittel recht ist, um sich die Völker zu unterjochen, und sie wissen, daß in Westdeutschland es auch heute noch die Krupp, Thyssen, Mannesmann und IG Farben sind, die das Heft in der Hand haben und an der Seite der beiden Supermächte erneut darauf aus sind, Macht und Einfluß des westdeutschen Imperialismus ständig zu erweitern.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Kumpels werden von der Ruhrkohle AG um die Hausbrandregelung betrogen

Der imperialistische Staat und die Monopole fallen gemeinsam über den Arbeiter her und ziehen ihm auf die eine und die andere Art immer mehr Geld aus der Tasche. Ein Beispiel: die Deputatregelung für Bergleute. Verheiratete Kumpels haben Anspruch auf fünf Tonnen Kohlen oder Koks jährlich zur Verwendung als Hausbrand. Rentner haben nur zweieinhalb Tonnen, Unverheiratete nur eineinhalb Tonnen Anspruch; Steiger dagegen können acht Tonnen bekommen. Normalerweise kam der Kumpel völlig aus und konnte damit seine Wohnung das ganze Jahr sehr billig heizen (z. B. kostet eine Tonne Koks 13 DM zuzüglich 9 DM Fuhrlohn und 10 DM Einkellerung,wenn nötig, das macht 32 DM).

Natürlich bringt der RAG diese Hausbrandregelung keinen Profit und seit Jahren überlegen sie, wie sie aus dem Kumpel mehr rausholen können. Die „beste" Methode war bisher: Einbau von Heizungen. Ältere Neubauwohnungen wurden mit Erdgasheizung „modernisiert", neue Wohnungen werden gleich mit Fernwärme- oder Elektroheizung gebaut. Von den gleichen Konzernen, denen die Ruhrkohle gehört (bei uns die VEBA, woanders z. B. Thyssen, Hoesch usw.) werden die Wohnungen verwaltet.

Da die Kumpels auch rechnen können, ging vorher der Betriebsrat rum und erzählte allen, wie schön so eine Heizung ist, daß die Miete zwar etwas teurer würde, aber daß das doch durch den Komfort wieder aufgehoben würde. Die Revisionisten bestärkten die Kumpels in dieser Ansicht und fingen die Bewegung ein mit solchen Forderungen wie, die Miete dürfe nur um 20 Pfennig statt 1 DM pro qm steigen.

Inzwischen sind in sämtlichen Wohnungen, wo damals Erdgasheizungen eingebaut wurden (kurz bevor die Erdgaspreise in einem Jahr um 40 % kletterten! — Die RAG ist über eine Tochtergesellschaft an der Ruhrgas AG beteiligt sowie seit dem 1. 1. 76 mit 25% an der Deutschen Continental-Gas-Gesellschaft!), die Mieten gestiegen, z. B. in einer 3 1/2-Zimmer-Wohnung von 65 qm um rund 80 DM pro Monat. Außerdem haben diese Kumpels die ersten Jahresabrechnungen erhalten, die Erdgasheizungskosten von 1.000 bis 1.200 DM enthalten (je nach Stockwerk und Größe und Lage der Wohnung)! Die Kumpels mit Heizungen dürfen (welch soziale Tat des Betriebsrats!!) ihre fünf Tonnen wieder an die RAG zurückverkaufen (sonst darf man nur zwei Tonnen zurückgeben, wenn man genug hat), sie bekommen dafür rund 115 DM pro Tonne, die aber **versteuert und versichert** werden, d. h. sie können durch Verkauf der Deputate rund 400 DM Beitrag zu ihren Heizkosten erlangen, denn sie dürfen natürlich nur an die RAG zurückgeben zu den von ihr diktierten Preisen. Niemand fragt danach, daß die RAG die gleiche Tonne Koks für rund 300 DM wieder losschlagen kann!

Ein Kumpel rechnete mir vor, wie die Lage heute ist:

Früher:	
3 t Koks verbrannt (22 DM pro t)	66 DM
2 t an die Zeche zurück (100 DM, davon Steuer und Versicherung abgerechnet)	- 150 DM
beim Heizen einen Überschuß pro Jahr von rund	80 DM
Heute:	
Mieterhöhung 80 DM pro Monat	960 DM
Erdgasrechnung	1 200 DM
abzüglich verkaufte Deputate	- 400 DM

macht 1 760 DM mehr ausgegeben pro Jahr seit Heizungseinbau, er„spart" dadurch das Einschippen von drei Tonnen Koks in den Keller und das Rauftragen in die Wohnung sowie das Anheizen der Öfen.

An der Blumenthal-Allee sind die neugebauten Wohnungen mit Nachtspeicherheizung ausgerüstet worden, direkt in der Nähe eines Kraftwerks, das eigentlich noch Fernwärmekapazitäten frei hat. Früher wurden einige Neubauwohnungen mit Fernwärmeheizungen an das Recklinghäuser Netz angeschlossen. Damals konnten die Kumpels ihre Deputate in Form von Wärmewert-Umrechnungen auf Fernwärme anrechnen lassen und kamen auch mit ihren fünf Tonnen aus (heute wird auch immer mehr verlangt, aus unerfindlichen Gründen, denn der Heizwert der Kohle ist natürlich der gleiche geblieben). Aber für die Elektroheizungen müssen die Kumpels bar bezahlen, es verdienen gleich mehrere Konzerne daran, und auch der Staat langt gleich doppelt hin.

An der Installation profitieren solche Elektrokonzerne wie AEG und Siemens, die schließlich auch die Geräte liefern. Die Elektrizitätsunternehmen wie VEW lassen sich den ganzen Haushalt teuer bezahlen (neulich machte die VEW Reklame für Verdampfer, damit in den zentralbeheizten Wohnungen die Luft nicht so trocken ist, am besten sind natürlich „elektrisch betriebene" ...). Die Installation dieser Heizungsart ist aber für die Konzerne beim Hausbau nicht so teuer, denn man braucht keinen Brenner, Kessel, Kamin usw., sondern nur elektrische Leitungen!

Das „Beste" an der elektrischen Heizerei ist aber der „Kohlepfennig". Als die Kohle noch teurer war als andere Energiequellen, setzten die Elektrokonzerne durch, daß der Steinkohleeinsatz in Kraftwerken subventioniert wurde. Im Auftrag dieser Monopole beschloß die Bundesregierung ein Gesetz, daß jeder Elektroverbraucher auf seine Rechnung einen zusätzlichen Betrag von 3,24% zu entrichten habe, der an den Bund abgeführt und dort gesammelt wird, um den Konzernen Subventionen für Kohlekraftwerke zu ermöglichen. Das ist der sogenannte „Kohlepfennig", für den sich besonders die IGBE-Führer stark machten und das Volk köderten: das wäre nur rund 1 DM pro Familie und Monat und würde Tausende Arbeitsplätze für Kumpels sichern. (Adolf Schmidt sitzt im Aufsichtsrat der RAG, der VEBA usw. ...) Im vergangenen Jahr kamen auf diese Art **1,45 Milliarden DM** zusammen, über deren Verwendung Staat und Monopole den Mantel des Schweigens breiteten! Aber das war noch zu wenig, denn am 1. 4. 76 stieg die Abgabe von 3,24% auf 4,5% des Rechnungsbetrages! Und darauf kassiert der Staat nochmal 11% Mehrwertsteuer, das sind dann für 1975 nochmal 160 Millionen DM, die dem Volk aus der Tasche gezogen und in die Hände der Monopole gescheffelt werden. Und dann sind das natürlich nicht mehr 1 DM pro Monat, sondern in einem Fall bei einer Jahresrechnung von 800 DM Nachtspeicherheizung rund 30 DM Kohle-„pfennig" im Jahr, dafür konnte sich der Kumpel vorher beinahe eine Tonne Koks einkellern lassen!

Auch bei diesen Heizungen zahlt der Kumpel also drauf, er wird von den gleichen Monopolen zur Kasse gebeten, die auch seine Arbeitskraft ausbeuten. Kein einziger Arbeitsplatz ist sicherer geworden, sondern es stehen erneut Zechen und Kokereien zur Stillegung an, und die Monopole warten mit dem Bau von Kohlekraftwerken, denn die Subvention ist ihnen sicher, und bauen vorerst Kernkraftwerke (die VEBA ist z. B. auch an dem Kraftwerk in Brokdorf irgendwie beteiligt ...)

Natürlich bestehen bei der RAG und der IGBE weiterhin die Absicht, die Deputatregelung ganz abzuschaffen. Dann werden sie damit argumentieren, daß ja „sowieso" bald alle in zentralbeheizten Wohnungen wohnen, um die Kumpels mit einem Almosen abzuspeisen. Demgegenüber fordern die betroffenen Kumpels, daß die Rücknahmepreise der RAG so hoch werden müssen, daß sie ihre Heizungen voll bezahlen können!

Ein Genosse aus Recklinghausen

Zynischer Betrug an der Arbeiterklasse

Fortsetzung von Seite 1

ben. Wie sollen denn die Arbeiter und kleinen Angestellten mit noch weniger Geld auskommen können? Vielleicht kann Herr Vetter, dessen Einkünfte astronomische Höhen erreichen, darüber auch mal einen „Vorschlag" machen? Die Herren Bonzen, die angeblich die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten vertreten, sind ja zynisch genug, einerseits Kollegen moralisch abzukanzeln, weil sie „freiwillig" Überstunden machen, während sie selbst andererseits durch ihre schändlichen Lohnraubabschlüsse dafür sorgen, daß man praktisch zu Überstunden gezwungen ist, da man einfach mit dem normalen Lohn nicht auskommen kann.

Woher kommt die Arbeitslosigkeit?

Ist die Arbeitslosigkeit denn das Ergebnis einer „ungerechten" Aufteilung einer vorhandenen Menge von Arbeit? Das ist Unfug. Sie ist das Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung, das Er-



gebnis eines Systems, in dem die Kapitalisten aus den Arbeitern Profit herauspressen und wo Arbeiter nur dann eingestellt werden, wenn sich die Kapitalisten davon Höchstprofite versprechen. Haben die werktätigen Massen denn nicht einen großen Bedarf an Gütern, den sie nicht befriedigen können, weil ihnen das Geld fehlt, diese zu kaufen, bzw. weil die Kapitalisten gar kein Interesse haben, genügend davon herzustellen? Haben nicht Millionen von Menschen auch bei uns elementare Bedürfnisse, die unbefriedigt bleiben? Leiden nicht Millionen Mangel an genügend guter Nahrung, Kleidung usw? Fehlen uns nicht Kindergärten, vernünftige Wohnungen usw. usf? Stapeln sich andererseits nicht wieder bestimmte Waren in riesigen Mengen in Lagern oder auf Halden, nicht etwa, weil kein Bedürfnis danach besteht, sondern weil die Massen kein Geld dafür übrig haben? Das alles ist ein Ausdruck dessen, daß im Kapitalismus die Produktion nicht dem arbeitenden Volk, nicht der Befriedigung seiner Bedürfnisse dient, sondern einzig und allein dem Profit einer Handvoll von reichen Schmarotzern. Diese sind sogar an der Existenz eines Arbeitslosenheeres direkt interessiert, weil sie dadurch die anderen Werktätigen besser unter Druck setzen und ausbeuten können und weil sie so besser über die Arbeitskräfte frei nach ihren Profitinteressen verfügen können.

Das kapitalistische System führt unvermeidlich zu Arbeitslosigkeit und zu wirtschaftlichen Krisen, die die Arbeitslosigkeit immer weiter verstärken. Das zu verschleiern ist eine der Absichten Vetters. Aber nicht nur dadurch will Vetter das Klassenbewußtsein der Arbeiter und kleinen Angestellten und ihren Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung untergraben, sondern auch dadurch, daß er versucht, einen völlig verdrehten, reaktionären Begriff von „Solidarität" in der Arbeiterklasse zu verankern, wie ihn die Kapitalisten und die Regierung schon seit jeher verbreiten. Vetter benutzt den Begriff der Solidarität genau im Sinne solcher berüchtigten Aufrufe an das Proletariat wie z. B.: „Im Interesse der wirtschaftlichen Vernunft müssen die Arbeitnehmer sich mit maßvollen Lohnerhöhungen (sprich Senkung der Reallöhne) begnügen, das ist ein Gebot der Solidarität ..." Das ist ein Solidaritätsbegriff, der dem Solidaritätsbegriff des Proletariats genau entgegengesetzt ist. Letzterer bedeutet nichts anderes als proletarische Klassensolidarität, Zusammenhalten der Arbeiter auf der Grundlage des unversöhnlichen Kampfes für die gemeinsamen Interessen gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger und Agenten.

„Christliche Nächstenliebe" statt revolutionärem Klassenkampf?

Einige Führer der Einzelgewerkschaften des DGB schließen sich allerdings nicht ganz so offen wie Vetter dieser Demagogie der offenen Feinde der Arbeiterklasse an. So distanzierten sich Loderer, Kluncker und Mahlein eilig von Vetters Ausführungen. Wenn Arbeitszeitverkürzung, dann nur **mit** Lohnausgleich, erklärten sie, um so ihr Image als „Gegner der Unternehmer" zu schonen und zu verhindern, daß die Massen alle Illusionen über den Gewerkschaftsapparat verlieren. Vetter erhielt daraufhin bezeichnenderweise Schützenhilfe seitens der Kirche und Pfaffen. Der Hauptgeschäftsführer der evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen zeterte: Wer den Gedanken von „brüderlich zu teilender Arbeit" nicht akzeptiere, dem seien Worte von Solidarität „nur leeres Geschwätz". „Christliche Nächstenliebe" und „Opferbereitschaft für das Ganze" anstelle von Klassenkampf gegen das Kapital — dieser reaktionäre Kern liegt dem „Vorschlag" des DGB-Chefs zugrunde. Aber auch wenn man Arbeitszeitverkürzung **mit** Lohnausgleich als Mittel gegen Arbeitslosigkeit ausgibt, ist das im Grunde nichts wesentlich anderes. Das geht genauso von der verlogenen Behauptung aus, das Problem sei, wie man „die vorhandene Arbeit gerecht aufteilen" könne. Es lenkt genauso von den Ursachen und den Schuldigen der Arbeitslosigkeit ab und ist gegen den proletarischen Klassenkampf gerichtet.

Arbeitszeitverkürzung ändert nichts an der Arbeitslosigkeit

Damit wollen wir nicht sagen, daß die Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit bei mindestens gleichbleibendem Lohn an sich falsch wäre — im Gegenteil. Natürlich ist es ein Fortschritt, wenn man weniger Zeit in den Knochenmühlen der Kapitalisten verbringen muß. Nur ist es ein Märchen, daß dadurch die Arbeitslosigkeit beseitigt oder eingedämmt werden soll. Anfang dieses Jahrhunderts hat die Arbeiterklasse den Achtstundentag erkämpft. Seither ist die Arbeitslosigkeit nicht verschwunden oder geringer geworden, sondern sie hat tausendfach schlimmere Ausmaße angenommen. Die Durchsetzung der gesetzlichen 40-Stunden-Woche in den letzten Jahrzehnten hat das kapitalistische Grundübel Arbeitslosigkeit ebensowenig gebannt. Auch bei kürzerer Arbeitszeit würden die Kapitalisten nach der Devise handeln: Mit weniger Arbeitern mehr produzieren, um so den Profit zu steigern. Und an dem Gegensatz zwischen Reichtum auf seiten der Kapitalisten und Verelendung auf der Seite des Proletariats, sowie an den Wirtschaftskrisen, die zur sprunghaften Verschlimmerung der Arbeitslosigkeit führen, würde sich nicht das geringste ändern.

Das alles soll wie gesagt nicht heißen, daß der Kampf für Arbeitszeitverkürzung nicht notwendig wäre. Wenn wir Arbeiter und kleinen Angestellten dabei unsere Einheit und Kampfkraft gegen das Kapital und seine Handlanger stärken, verbessert es unsere Lage und kann immerhin zeitweise der Verschärfung der Ausbeutung gewisse Grenzen setzen. Aber dieser Kampf ist die eine Sache, während der Kampf gegen Arbeitslosigkeit, der Kampf für die Verteidigung unserer Arbeitsplätze und gegen Entlassungen eine zweite Sache ist. Der Gewerkschaftsapparat und seine Oberbonzen, ob Vetter oder Loderer, sabotieren und wiegeln an beiden Kampffronten nur ab. Wo es nur ging, haben sie verhindert, daß die Arbeiter gegen Stillegungen und Entlassungen konsequent kämpften, haben sie z. B. militante Streiks und Fabrikbesetzungen verhindert oder heimtückisch abgewürgt. Und genauso wiegeln sie auch den Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit ab, denn ihr Ziel ist es, den Kapitalisten dabei zu helfen, Höchstprofite aus den Arbeitern herauszupressen. So hat z. B. der Betriebsrat und die IGM-Ortsverwaltung bei den VW-Werken in Wolfsburg mit den VW-Bossen ein Abkommen geschlossen, wonach durch eine sogenannte „Kombination von Neueinstellungen und Sonderschichten" verhindert werden soll, daß „auf jede Auftragsspitze mit einer unverhältnismäßig hohen Einstellungsrate reagiert wird". Es sollen zudem 12 Sonderschichten fest vereinbart werden, die von den Kapitalisten je nach Bedarf bis Ende 1978 abgerufen werden können. An ihren Taten sieht man: Die Behauptung der Bonzen, sie setzten sich für eine Sicherung der Arbeitsplätze ein, ist genauso verlogen wie die, daß ihnen die Verkürzung der Arbeitszeit am Herzen liegt: Ihnen liegt nur der Profit der Kapitalisten am Herzen.

Den Kapitalismus „verbessern'?

Wenn die DGB-Bonzen und die bürgerliche Propagandamaschine jetzt die sogenannte „Diskussion über Arbeitszeitverkürzung" wieder an die große Glocke hängen, so hauptsächlich aus folgendem Grund: Jetzt, wo das Heer der Arbeitslosen wieder stark anwächst und wo klarer als je zuvor wird, daß Arbeitslosigkeit und Verelendung bei uns nichts Vorübergehendes sind, soll verhindert werden, daß die werktätigen Massen erkennen, daß nur ein Mittel dagegen hilft: der revolutionäre Klassenkampf. Wir sollen uns Gedanken darüber machen, wie man den Kapitalismus „verbessern" und „von seinen Krankheiten heilen" könnte, anstatt den Kampf aufzunehmen für seinen Sturz durch die sozialistische Revolution. Aber es wird niemandem gelingen, die ausgebeuteten und unterdrückten Massen daran zu hindern, den Weg der Revolution unter der Führung der KPD/ML einzuschlagen, denn dies ist für das arbeitende Volk der einzige Weg, um das kapitalistische Grundübel Arbeitslosigkeit loszuwerden und die Ketten der Ausbeutung und Lohnsklaverei zu sprengen.

Hannover
Polizei mit Fernsehaugen

Von Jahr zu Jahr wurde von der Bourgeoisie das Netz der Bespitzelung der Bevölkerung in der Bundesrepublik weiter und engmaschiger gespannt. Bespitzelung im öffentlichen Dienst, bei der Anstellung in Großbetrieben, Überprüfung von Arbeitslosen, Anlegen von umfassenden Karteien in Großcomputern, Erweiterung der politischen Polizei — all dies geschah, um die politische Unterdrückung der Werktätigen zu verschärfen. Die Hannoveraner Polizei hat dieses Netz von Bespitzelung nun noch erweitert: Für 700 000 DM ließ sie eine Fernsehanlage installieren, mit der sie alle wichtigen Punkte der Innenstadt überwacht. Die bis jetzt neunzehn Kameras sollen schon bald mehr als verdoppelt werden.

Die Kameras, die fest installiert sind, lassen sich vom Polizeipräsidium aus um 359 Grad schwenken und verfügen über Gummilinsen, die je nach Bedarf Panorama-Weitwinkel-Aufnahmen liefern oder aber auch durch das Ausfahren eines 144 Millimeter-Teleobjektivs Nahaufnahmen wie durch ein gutes Fernglas liefern. Zusätzlich zu den fest montierten Kameras lassen sich auch noch mobile Kameras anschließen, die zum Beispiel bei Demonstrationen, Kundgebungen usw. eingesetzt werden können.

Bei der Vorstellung ihrer Bespitzelungsanlage bekannte die Hannoveraner Polizei offen, daß diese Filmüberwachung dazu dienen soll, bei spontanen Demonstrationen in der Stadt „Sofortmaßnahmen" einleiten zu können. So wurde berichtet, daß man mit einer Kamera, die im Arbeiterviertel Linden an einem zentralen Punkt angebracht worden ist, bereits gefilmt hätte, wie sich dort Werktätige zu einer Demonstration gegen die



Polizeifernsehbespitzelungsanlage in Hannover

erneuten Fahrpreiserhöhungen versammelt haben. Die Aufnahmen, hob ein Polizeisprecher hervor, können zugleich auf Videorecorder aufgezeichnet und damit als „Beweissicherung" bei Prozessen benutzt werden. Die Anlage aber dient nicht nur dazu, das Bild festzuhalten, sondern über schwenkbare Richtmikrofone kann in dem betroffenen Bereich genau belauscht und aufgezeichnet werden, was die Menschen auf der Straße reden. Diese hinterhältige Überwachungsanlage steht natürlich nicht nur der Verkehrspolizei zur Verfügung, sondern kann auf dem Weg der „Amtshilfe" ebenso von der politischen Polizei oder dem Verfassungsschutz benutzt werden.

Diese neue hinterhältige Methode der Bourgeoisie, die Menschen zu bespitzeln und zu belauschen, ist eine weitere Maßnahme im Rahmen der Faschisierung, die die Unterdrückung der Werktätigen verstärken soll. Der Hannoveraner Polizeipräsident behauptete sogar, daß mit Hilfe dieser Überwachung Kämpfe der Werktätigen wie gegen die Fahrpreiserhöhungen in Hannover, wo vor einiger Zeit der öffentliche Verkehr für Tage zum Erliegen gebracht wurde, gar nicht mehr möglich seien. Doch solche Hoffnungen der Bourgeoisie, durch immer breitere Nutzung der Technik bei der Unterdrückung der Werktätigen ihren Kampf ersticken zu können, werden sich als Fehlschlag erweisen. Denn gegen jedes Mittel der Bourgeoisie haben die Werktätigen noch immer ein wirksames — und oft einfaches — Gegenmittel gefunden.

Was der TÜV unter Neutralität versteht

Seit den Kämpfen in Brokdorf wurde Jens Pommerenke, einem Ingenieur des TÜV Norddeutschland, wiederholt gekündigt. Die erste Kündigung war ausgesprochen worden, weil der Ingenieur für Kernenergie gegen einen schriftlichen Verweis Beschwerde eingelegt hatte, der ihm erteilt wurde, weil er an der Kundgebung der Bürgerinitiative in Brokdorf teilgenommen hatte. Der TÜV hatte ihm daraufhin gekündigt, weil eine solche Handlungsweise zur Folge haben könne, „daß die Neutralität und Unabhängigkeit unserer Sachverständigen in Zweifel gestellt werden könne".

Dazu muß man wissen, daß der TÜV Norddeutschland ein Gutachten über die Sicherheit des Kernkraftwerkes in Brokdorf im Auftrag des Sozialministers von Schleswig-Holstein erstattet.

Welche „Neutralität" von diesem Gutachten zu erwarten ist, zeigt ein Blick auf die Zusammensetzung des TÜV-Vorstandes. Einer der Vorstandsmitglieder, ein Dr. Meister beispielsweise, ist gleichzeitig im Vorstand der HEW, Aufsichtsratsvorsitzender des KKW Brunsbüttel und des KKW Krümmel und der BEWAG sowie Vorsitzender der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke Landesgruppe Schleswig-Holstein/Hamburg. Auch ein anderes Vorstandsmitglied, Kelsch, ist gleichzeitig im Vorstand dreier Kernkraftwerke. Für alle Vorstandsmitglieder trifft zu, daß sie gleichzeitig in wichtigen Betrieben der Energiewirtschaft im Vorstand sitzen. Im übrigen ist der TÜV eine von rund 100 Firmen, die im Zusammenschluß der deutschen Kernindustrie, dem Deutschen Atomforum, zusammengeschlossen sind.

Kann es angesichts dieser Tatsachen verwundern, daß die „Neutralität" des TÜV immer dann verletzt wird, wenn die Profite der Kernindustrie durch den Kampf gegen ein neues Kernkraftwerk bedroht werden?

Völlig offen heißt es in einem Schreiben des TÜV Norddeutschland im Zusammenhang mit einem Arbeitsgerichtsverfahren gegen die Entlassung von Jens Pommerenke: „Zutreffend beginnt der Kläger (Pommerenke — RM) damit, daß absolute Neutralität die Grundvoraussetzung für die zu erteilenden Gutachten ist. Gerade das aber schließt aus, daß für diese Gutachten die Volks- bzw. Bevölkerungsmeinung auch nur die geringste Bedeutung haben kann."

Tübingen
'Das war keine Zeugenvernehmung - das war ein Verhör.'

Anfang Dezember fand in Tübingen eine Veranstaltung mit dem Faschisten Hoffmann statt, der Söldner für das Rassistenregime in Rhodesien wirbt. Protestierende Studenten, darunter Genossen des KSB/ML, wurden von den mit Tränengas, Totschlägern und anderen Schlagwerkzeugen bewaffneten Faschisten zusammengeschlagen. Kurz darauf wurden mehrere der Verletzten von der Kripo zu einer Zeugenvernehmung geladen. Diese Vernehmung war eine Falle!

Ein Student berichtet:

»Das war keine Zeugenvernehmung — das war ein Verhör! 2 1/2 Stunden verwandte die Kripo darauf herauszubringen, ob ich Kommunist bin, ob und wo organisiert, wer am 4. 12. bei uns Studenten „Rädelsführer" war und wie bei uns überhaupt die Organisation lief! Nur eine halbe Stunde wurde ich zur Schlägerei der Faschisten verhört.

Das waren die typischen Fragen:

„Sie sind doch nicht einfach so hingegangen!" — „Waren politische Organisationen bei der Demonstration zu sehen oder zu spüren?" — „Wer war denn am Megaphon?" — „Wer hatte nun eigentlich die Führung?" — „Aber Sie geben doch zu, daß da eine Führung war?" — „Aber Sie sind doch links eingestellt!" — „Mit wem sind Sie dahin gegangen?"

Das Verhör wurde ziemlich raffiniert geführt, immer wieder kamen ganz überraschende Fragen in zig Variationen, wie Blitze aus heiterem Himmel! Der wollte nur eines wissen: Wer ich bin, ob und wo ich organisiert bin, wer zu der Kundgebung gegen den HTS (Hochschulring Tübinger Studenten) aufgerufen hatte, wer sie leitete! Man muß sich das vorstellen: Das soll eine Zeugenvernehmung gegen den HTS gewesen sein!

Warum das Ganze so lief, wurde schnell klar. Nachdem die Zeugenaussage abgeschlossen war, wurde mir eröffnet: „Gegen Sie läuft ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts auf ein Vergehen gegen § 21 Versammlungsgesetz und § 240 (Nötigung).«

So weit der Bericht des Studenten. Die Ladung der Studenten als Zeugen war nichts als eine Falle, um die Studenten überhaupt auf das Polizeirevier zu bekommen und zum Sprechen zu bewegen! Wenn es um die Verfolgung der antifaschistischen Studenten geht, bricht die Polizei ihre eigenen Gesetze, damit die Staatsanwaltschaft Anklageschriften zusammenzimmern kann. Den Faschisten gegenüber wurden dagegen beide Augen zugedrückt: Obwohl die Polizei den Faschisten Heinzmann etwa nur unter großen Schwierigkeiten festnehmen konnte, sagten die Polizisten hinterher aus, daß er sich nicht sonderlich gewehrt habe; obwohl derselbe Heinzmann öffentlich droht, daß er sich das nächste Mal mit der Pistole Zugang zur Mensa verschaffen werde, passiert ihm nichts usw. usf. Aus all dem geht klar hervor: Die Polizei hat zwar bei der Prügelei die Faschisten verhaftet, aber nur notgedrungen. Jetzt bemüht sie sich, ihren Fehler wiedergutzumachen. Verfolgt werden hauptsächlich die antifaschistischen Studenten.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

Lügenpropaganda der KWU in Mühlheim-Ruhr

Als Reaktion auf die Massenkämpfe in Brokdorf hat die KWU (Kraftwerksunion) — neben Mannesmann und Thyssen die wichtigste Firma in Mülheim — einen geradezu faschistischen Propagandafeldzug gestartet.

Erstens wurde in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat eine „Gegendemonstration" gestartet. Die Belegschaftsmitglieder bekamen die Zeit, die sie auf der Straße waren, bezahlt und wurden sogar mit Druck auf die Demonstration getrieben. Die WAZ machte insbesondere in ihrem Ortsteil unverhohlen Propaganda für KWU und die KKW's, macht es auch weiterhin, indem sie sehr ausführlich — auch mit Photos — über die verschiedenen KWU-Aktionen berichtet.

Zweitens wurde nach der Demonstration in breitem Maßstab Propagandamaterial auf der Schloßstraße (Haupteinkaufsstraße in Mülheim) verteilt. Außerdem wurden Unterschriften gesammelt.

Drittens ließ die KWU an die 100 große Plakattafeln mit der Aufschrift „Terror gegen Kernkraftwerke = Terror gegen Arbeitsplätze" aufhängen, auf denen fünf große Bilder von den Kämpfen in Brokdorf, unter anderem mit der Fahne der KPD/ML und dem Transparent „Nieder mit dem faschistischen Polizeiterror" und drei kleinere von der „Gegendemonstration" in Mülheim zu sehen waren.

Bereits kurz nachdem diese Plakatwände auftauchten, waren viele mit der Parole „Der Kampf gegen KKW's ist gerecht! KPD/ML" und dem Zeichen Hammer, Sichel und Gewehr überklebt.

Aber nicht nur damit! Man findet die verschiedensten Parolen auf den Plakaten, andere wieder sind teilweise abgerissen.

Viertens stellte die KWU, offensichtlich als Antwort auf diese Protestaktionen, eine Wandzeitung mit weiteren „Informationen" über Kernkraftwerke auf. Dabei handelt es sich offensichtlich um eine Falle. Denn diese Wandzeitung, die direkt vor einem Wohnhaus steht, wird von den Bewohnern des Hauses Tag und Nacht bewacht. Sobald jemand vor der Wandzeitung stehenbleibt, schaut irgendjemand hinter den Gardinen hervor. Nachts wird die Bewachung aus verdunkelten Zimmern heraus vorgenommen. Die KWU hofft also offenbar, hier jemanden „schnappen" zu können, der sich über diese üble Propaganda empört.





Links: Reaktionäre Plakattafel der KWU. Rechts: Von Genossen überklebte Plakattafel.

Die ROTE GARDE verteilte dagegen das Flugblatt über den Kampf in Brokdorf. Dabei halfen auch Sympathisanten mit. Dabei sammelten sich insgesamt bestimmt 50 Polizeispitzel, Spitzel der KWU und auch Uniformierte an. Unter den Polizeispitzeln war auch Manfred Schulten von der politischen Abteilung, der bereits zur Verurteilung von mehreren Genossen beigetragen hat. In bestem Einvernehmen mit den Polizisten konnte man einige Betriebsratsmitglieder von KWU beobachten.

Alle diese Aktionen der KWU legen den Schluß nahe, daß die KWU in Mülheim einen Test macht, wie mit einer Propaganda die Bevölkerung beeinflußt werden kann, die brutalsten Polizeiterror wie in Brokdorf offen als positiv lobt und die um ihre Recht kämpfende Bevölkerung als „Terrorbande" beschimpft. Für uns in Mülheim-Oberhausen heißt das, daß wir unsere Kräfte verstärken werden, um dem entgegenzutreten.

Rot Front!

Genossen aus Mülheim-Oberhausen.

Vorbeugehaft in Bremen

Am Samstag, dem 8. 1., wurden vier Genossen, die den Literaturtisch der Partei am Delmemarkt in der Neustadt betreuten, von der Polizei festgenommen. (Der Literaturtisch war angemeldet und erlaubt.) In welchem Zusammenhang ist diese Festnahme zu sehen?

Der KBW hatte wegen der Fahrpreiserhöhungen in Bremen in einem Flugblatt zu einer Demonstration und zur Besetzung der Schienen aufgerufen. Am Freitag abend fand eine erste Demonstration statt. Anschließend wurden etwa 80 Personen festgenommen — auf der Straße, in Kneipen usw. Für Samstag war eine neue Demonstration angekündigt. Um eine Schienenbesetzung zu verhindern, hatte die Polizei offenbar den Auftrag, Revolutionäre und Kommunisten „vorbeugend" festzunehmen. Die Festgenommenen wurden einer Leibesvisitation unterzogen. Bei einem der vier am Stand der Partei festgenommenen Genossen fand die Polizei zwei Flugblätter des KBW. Ihm wurde gesagt, daß man ihn den ganzen Tag festgehalten hätte, wenn er vom KBW gewesen wäre.

Die Partei unterstützt die Politik des KBW gegen die Fahrpreiserhöhungen nicht, da ein militanter Kampf gegen die Fahrpreiserhöhungen gegenwärtig nicht die notwendige Resonanz bei den Werktätigen Bremens findet. Trotzdem solidarisieren wir uns natürlich mit den Genossen des KBW gegen den Terror der Polizei, die inzwischen, wie sich am Samstag zeigte, sogar offen zu solchen Maßnahmen wie Vorbeugehaft greift.

Rot Front!

Genossen aus Bremen

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren.

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Aus aller Welt

PARIS

Am 3. 1. 77 wurde in Paris der frühere Leiter der dortigen PLO-Delegation das Opfer eines faschistischen Attentats. Er wurde von zwei Männern erschossen, die ein Flugblatt mit dem Titel „Israel wird siegen" zurückließen. Nicht zum ersten Mal wird in Paris ein Palästinenser das Opfer des zionistischen Terrors. Mahmud el Amtschari, der ebenfalls Leiter des Pariser PLO-Büros war, wurde ermordet. Insgesamt wurden in den letzten vier Jahren vier Palästinenser in Paris getötet. In allen vier Fällen laufen die faschistischen Verbrecher noch heute frei herum.

PALÄSTINA

In diesem Jahr jährt sich zum 12. Mal der Beginn des bewaffneten Kampfes des palästinensischen Volkes gegen die israelischen Zionisten. Im letzten Jahr weitete sich dieser gerechte, bewaffnete Kampf des palästinensischen Volkes weiter aus. Die Kämpfe haben sich auf die gesamten besetzten arabischen Gebiete ausgeweitet wie Jerusalem, das Westufer des Jordan, Gaza, Galiläa, die Golanhöhen und auch auf Tel Aviv. Jeden Monat haben die palästinensischen Partisanen im Durchschnitt 30 Operationen gegen die Feinde durchgeführt und ihnen große Verluste an Menschen und Militärausrüstungen beigebracht. Besonders der September war ein Monat ununterbrochener Angriffe der palästinensischen Partisanen auf die zionistischen Besatzer. Allein in den ersten drei Wochen führten sie mehr als 30 Aktionen in Jerusalem, Tel Aviv und am Westufer des Jordan durch. Eine der wichtigsten Aktionen in diesem Jahr war die Aktion der palästinensischen Partisanen in Netany, 30 km von Tel Aviv entfernt. Dort wurden in einem großen Hotel, in dem israelische Militärs wohnten, infolge des von den Partisanen gelegten Sprengstoffs Dutzende Offiziere getötet und über 50 verletzt.

PALÄSTINA

Die Protestbewegung der arabischen Einwohner am Westufer des Jordan und im Gazastreifen nimmt immer breitere Ausmaße an. In beinahe allen Städten protestieren die arabischen Einwohner trotz des Ausnahmezustandes weiter gegen die Besetzung ihrer Gebiete und gegen die Hebräisierungspolitik der zionistischen Führer. Angesichts dieser wachsenden Widerstandsbewegung haben die Zionisten Gewalt und Terror gegen die arabischen Einwohner verstärkt. Allein in einer Woche nahmen sie 110 Araber fest, die Mehrzahl davon Jugendliche. Gleichzeitig setzen die Tel Aviver Zionisten beschleunigt die Hebräisierung der besetzten arabischen Gebiete fort. Laut Angaben der israelischen Presse selbst überschreitet die Zahl der jüdischen Siedlungen, die in den letzten Jahren in den besetzten arabischen Gebieten errichtet wurden, die Zahl 50. Die Mehrzahl der israelischen Einwohner, die in diesen Kolonien angesiedelt wurden, sind aus der Sowjetunion gekommen.

BRASILIEN

Die Zeitung „A Classe Operaria", Zentralorgan der Kommunistischen Partei Brasiliens, hebt in einem Artikel über die Lage des Volkes im Nordosten Brasiliens hervor, daß infolge einer Dürre in einem Gebiet von 800 000 qkm die Lage für die 12 Millionen dort lebenden Werktätigen sehr schwierig ist. Auf der Suche nach Nahrung und Arbeit wandern sehr viele Bauern aus. Einer der am meisten von der Dürre betroffenen Staaten ist Bahia. Dort stehen 500 000 Familien ohne den geringsten Lebensunterhalt da und sind vom Hungertod bedroht. Nachdem „A Classe Operaria" die volksfeindliche Natur des herrschenden reaktionären Regimes und seine demagogischen Bemühungen, die breiten Volksmassen zu betrügen, entlarvt hat, heißt es weiter, daß die Volksmassen im Nordosten des Landes angesichts ihrer katastrophalen Lage Widerstand leisten. Abschließend unterstreicht die Zeitung die Notwendigkeit der Einheit des revolutionären Kampfes der Bauern und aller Patrioten, um die Großgrundbesitzer, den US-Imperialismus und die Militärdiktatur zu stürzen.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten setzen ihre Aktionen gegen die britischen Besatzungskräfte und die einheimischen Reaktionäre fort. Vor einigen Tagen legten sie eine starke Bombe in einem Gebäude der Besatzungstruppen. Durch die Explosion wurden einige britische Soldaten schwer verletzt. Ein weiterer Patriotenverband überfiel eine Patrouille der Besatzungskräfte und tötete einen britischen Soldaten. Inzwischen leisten die Einwohner der Armenviertel in Belfast, Newry und anderen Städten der brutalen Terror- und Gewaltkampagne der Besatzungskräfte entschlossenen Widerstand.

SOWJETUNION

In diesem Jahr hat die Sowjetunion von den USA eine Getreidemenge von 6,6 Mio. t, beziehungsweise 600 000 t mehr als im sowjetisch-amerikanischen Abkommen des vergangenen Jahres vorgesehen war, gekauft. Dies zeigt, daß die sowjetische Landwirtschaft sehr ernste Schwierigkeiten durchmacht. Außerdem wird berichtet, daß die Sowjetunion von den USA auch 1,4 Mio. t Sojabohnen sowie einige andere Agrarerzeugnisse gekauft hat. Im Laufe dieses Jahres, um einen Teil des zunehmenden Mangels an landwirtschaftlichen Produkten auszugleichen, hat die Sowjetunion auch von anderen Ländern wie Australien, Neuseeland, Kanada und anderen Getreide, Fleisch usw. eingeführt, was hohe Defizite im Außenhandel der Sowjetunion geschaffen hat.

INDIEN

Das Gesundheitswesen in Indien gehört zu den rückständigsten der Welt. In mehreren Gegenden des Landes, besonders in den Dörfern und in den Bergzonen, gibt es keinerlei ärztliche Betreuung. Malaria, Tuberkulose, Typhus und andere Krankheiten verursachen jährlich den Tod von Hunderttausenden indischen Einwohnern. 1975 gab es in Indien 5 Mio. Fälle von Malaria. Der Großteil der Erkrankten fand den Tod. In der Hauptstadt des Landes, Delhi, leiden 70 000 Menschen an Tuberkulose. Ihre Möglichkeiten geheilt zu werden sind äußerst gering wegen der sehr hohen Preise sowohl für ärztliche Betreuung als auch für Arzneien.

BOTSWANA

In einer Erklärung, die er dieser Tage abgab, verurteilte der Stellvertretende Präsident von Botswana, Masire, die Aggression der rhodesischen Rassistenkräfte gegen das Territorium seines Landes. Im Laufe dieses Jahres verletzten die rhodesischen Rassisten zwölfmal die territoriale Integrität Botswanas, wobei sie zahlreiche Einwohner töteten oder ausplünderten. „Das Volk Botswanas", unterstrich Masire, „wird stets einig sein, um die Militärprovokation der Rassisten abzuwehren."



Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!

BANDEIRA VERMELHA

ORGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUIDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Iran

TOUFAHN

ORGAN DE L'ORGANISATION MARXISTE-LENINISTE IRANIENNE



PROLETAIRES DE TOUS LES PAYS, NATIONS ET PEUPLES OPPRIMES, UNISSEZ-VOUS ! N°

Gemeinsame Erklärung marxistisch-leninistischer Parteien Lateinamerikas

Die Delegationen der Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Argentiniens/Marxisten-Leninisten, der Kommunistischen Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten, der Kommunistischen Partei Brasiliens, der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten, der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, der Kommunistischen Partei Ecuadors/Marxisten-Leninisten, der Paraguaiischen Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Partei Uruguays, die am 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens teilgenommen haben, haben die Gelegenheit genutzt, ein brüderliches Zusammentreffen zu organisieren, bei dem ein Meinungsaustausch über Fragen gemeinsamen Interesses stattgefunden hat. — Die Versammlung war von einem hohen brüderlichen internationalistischen Geist geprägt und zeigte den hohen Grad der Reife, den die Bindungen, die die marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas vereinen, erreicht haben, gegründet auf den Marxismus-Leninismus und gestärkt in den umfassenden bilateralen, regionalen und multilateralen Beziehungen, die in der Vergangenheit bestanden. — Als Ergebnis dieser Versammlung beschlossen die oben aufgeführten marxistisch-leninistischen Parteien, die vorliegende gemeinsame Erklärung zu veröffentlichen, die die behandelten Gesichtspunkte zusammenfaßt.

1.) Die an der Begegnung teilnehmenden Delegationen drückten einstimmig ihre Freude darüber aus, daß sie am 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens teilgenommen haben. Sie messen diesem Parteitag große Bedeutung für die kommunistische marxistisch-leninistische und die revolutionäre Weltbewegung bei. Die albanischen Kommunisten, die mit den Kommunisten aller Weltgegenden durch dasselbe Ideal verbunden sind, haben die Fahne des proletarischen Internationalismus und der unerschütterlichen Verteidigung des Marxismus-Leninismus, dieser unbesiegbaren Waffe der Arbeiterklasse in ihrem Kampf für die Befreiung, für die Revolution und für den Aufbau des Sozialismus, hoch erhoben.

2.) Die Delegationen der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas stimmten darin überein, daß diese Begegnung in einer Lage stattfindet, die im allgemeinen günstig für die Völker und ihre revolutionären Kämpfe ist. Die beiden imperialistischen Supermächte, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, die in ihrer zügellosen Rivalität Tag für Tag neue Komplotte gegen die Unabhängigkeit der Nationen anzetteln, bereiten einen neuen Weltkrieg vor. — Sie sind die Hauptfeinde der Völker. Diese jedoch kämpfen überall für die Verteidigung ihrer Lebensinteressen und für die nationale und soziale Befreiung. Die Völker durchschauen die Weltherrschaftspolitik der beiden Supermächte immer besser, und sie versetzen ihnen wiederholte und zahlreiche Schläge. Die fortschrittlichen Kräfte sind bestrebt, eine breite weltweite Front zu schaffen, die alle diejenigen zusammenschließt, die sich tatsächlich dem Hegemonismus der Supermächte und deren Kriegsvorbereitungen widersetzen. Der Befreiungskampf richtet sich gegen die zwei imperialistischen Supermächte. Obwohl sich sicherlich der Hauptfeind je nach den verschiedenen Weltgegenden ändert, wäre es ein großer Fehler, unter diesen Umständen die Bedrohung, die die andere Supermacht darstellt, zu vernachlässigen, sich mit einer zu verbünden, um die andere zu bekämpfen. — Bei den Völkern reift die richtige Idee, daß gegenüber den teuflischen Bedrohungen der beiden Supermächte sich die Aufgabe stellt, den revolutionären Klassenkampf auf noch höhere Stufen zu entwickeln, um ihn der Entfesselung des Krieges entgegenzustellen, indem man die Basis der aggressiven Kräfte schwächt, oder um den ungerechten zwischenimperialistischen Krieg in einen gerechten Befreiungskrieg umzuwandeln. Das sozialistische China und das sozialistische Albanien stellen mächtige Bastionen der Weltrevolution dar. Sie sind eine feste und sichere Basis für die Unterstützung des Proletariats und der unterdrückten Völker. Die Einheit der revolutionären Kräfte der ganzen Welt mit den wirklich sozialistischen Ländern ist eine Bedingung für den Triumph des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit, die Volksdemokratie und den Sozialismus. — Die Festigung der Diktatur des Proletariats in China und Albanien, und der konsequente Rückhalt, den diese Länder der revolutionären Weltbewegung bieten, sind internationalistische Beiträge, die die besten Traditionen der Zeit Lenins und Stalins fortsetzen.

3.) Die Delegationen der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas haben beim Meinungsaustausch erneut festgestellt, daß die Völker unseres Kontinentes zu ihrer großen Mehrheit unter faschistischen Militärdiktaturen leben. Der politische Terror und die Unterdrückung der Freiheiten sind in fast allen lateinamerikanischen Ländern Wirklichkeit. — Der Mord an Revolutionären, die Folterung von Patrioten und Demokraten sind die von den Unterdrückungskräften am meisten benutzten Methoden, um die Freiheitssehnsucht Lateinamerikas zu ersticken. Diese Regime dienen dem imperialistischen Kapital, das brutal die Arbeiter ausbeutet und die Reichtümer der Nationen raubt. Die Trusts und Monopole und die Teile der herrschenden Klassen, die mit ihnen verbunden sind, benutzen dieses Militär-Regime, um unsere Länder und Völker brutal auszubeuten und Extraprofite zu scheffeln, während sich die Lebensbedingungen der Massen Tag für Tag verschlechtern. Die Errungenschaften der Arbeiterklasse werden vernichtet, und ihre Organisationen befinden sich an vielen Orten unter Polizeikontrolle oder stehen unter der Führung von Agenten der Kapitalisten. Der nordamerikanische Imperialismus, der sich auf die reaktionäre Oligarchie und besonders auf die Streitkräfte unserer Länder stützt, ist Triebkraft und Stütze der tyrannischen, antinationalen und volksfeindlichen Regime. Die Yankees betrachten Lateinamerika als ihr Hinterland und ihren Herrschaftsbereich. — Sie haben lukrative Geldanlagen, beuten unsere natürlichen Reichtümer aus und mischen sich offen in die Innenpolitik ein. Sie kontrollieren die Unterdrückungsapparate und üben einen entscheidenden Einfluß in den Streitkräften aus. Dieser Imperialismus ist der Hauptfeind der Völker des Kontinents. Unsere Parteien sind überzeugt, daß die lateinamerikanischen Nationen sich nicht befreien können, ohne diesen Imperialismus, der auf unserem Kontinent besonders raubgierig und aggressiv ist, vernichtend zu schlagen und ohne gleichzeitig die inneren reaktionären Kräfte, auf die er sich stützt, zu vernichten.

4.) Die Delegationen der marxistisch-leninistischen Parteien haben auch festgestellt, daß der russische Sozialimperialismus eine intensive Tätigkeit entfaltet mit dem Ziel, ökonomische, politische und strategische Positionen in diesem Teil der Welt zu erringen. Er bietet den lateinamerikanischen Ländern seine sogenannte Hilfe an, um seine hegemonistischen und ausbeuterischen Ziele zu verdekken. Ebenso wie der Yankee-Imperialismus richten die Sozialimperialisten immer mehr ihr Augenmerk darauf, die Unterstützung der reaktionären Streitkräfte des Kontinents zu erhalten, um Bedingungen zu schaffen, die ihnen erlauben, an der Ausbeutung unserer Völker teil zu haben. Das zeigt sich in Argentinien, Ecuador, Peru, Uruguay und anderen Ländern. Den russischen Sozialimperialisten geht es nicht darum, einen Beitrag zur Befreiung der Länder Lateinamerikas zu leisten. Was sie in Wirklichkeit wollen, ist ihre Beteiligung an der Ausbeutung unserer Reichtümer und die Ausdehnung ihrer Einflußzone auf unserem Kontinent. Ihre „antiimperialistische" Demagogie ist nichts als ein Rauchvorhang, um ihre Herrschafts- und Ausbeutungspläne noch mehr ausdehnen zu können. Ihre Absichten geraten mit den Interessen der USA in Widerspruch, die ihre Hegemonie über Lateinamerika auch nicht um ein Minimum schwächen können und die alle Mittel, einschließlich gewaltsamer, zu ihrer Aufrechterhaltung einsetzen.

Andererseits werden die Völker Lateinamerikas in ihrem Kampf gegen den Yankee-Imperialismus nicht zulassen, daß der Sozialimperialismus kommt und sie um den Erfolg ihres nationalen Befreiungskampfes betrügt und den Platz seines Konkurrenten, der USA, einnimmt.

5.) Die anwesenden Delegationen unterstrichen die große Kampfentschlossenheit und den Willen zum Kampf der lateinamerikanischen Völker. Trotz der harten Schläge, die sie durch die Errichtung von Pro-Yankee-Diktaturen erlitten haben, unterwerfen sie sich keineswegs ihren Unterdrückern und leisten heldenhaften Widerstand. Überall wächst ihr Sinn für Freiheit, nationale Unabhängigkeit und für die befreiende Revolution. Unsere Völker hassen den US-Imperialismus und die reaktionären und faschistischen Regime, die er aufrecht erhält. Sie hassen genauso die Militärcliquen, diese Vaterlandsverräter, die in verschiedenen Ländern die Macht ergriffen und sich in Lakaien des Auslandskapitals und Polizisten gegen die breiten Volksmassen verwandelt haben. Indem die Völker mit verschiedenen Kampfformen zurückschlagen (von einfachen Protestaktionen und Streiks bis zum bewaffneten Kampf), lassen sie der Reaktion keine Ruhe und beweisen im Kampf großen Mut und großen Heldensinn. Die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die Studenten sind die aktivsten Kräfte des Volkswiderstandes. Die marxistisch-leninistischen Parteien sind auf dem Wege, sich in die führenden Kräfte der revolutionären, nationaldemokratischen Volksbewegung zu verwandeln. Sie zeigen den Weg zur Revolution, den bewaffneten Kampf der Massen und die breite Einheit der fortschrittlichen Kräfte und Strömungen, als einzigen Weg auf, der die Völker zur Erringung wirklicher Freiheit führen kann. Der Kampf für die nationale Unabhängigkeit und gegen die zwei Supermächte erfordert die Einheit aller Kräfte, die vereint werden können, aber nur das Proletariat und seine marxistisch-leninistische Partei sind in der Lage, ihn konsequent zum Sieg zu führen. Daran gibt es keinen

Fortsetzung auf Seite 7

Fortsetzung von Seite 6

Zweifel: Welche Schwierigkeiten auch immer eintreten werden — unsere Völker werden siegen! Ihnen gehört die Zukunft!

6.) Die an der Zusammenkunft beteiligten Delegationen unterstrichen ebenfalls die zersetzende, verderbliche und konterrevolutionäre Aktivität der revisionistischen Parteien in Lateinamerika, die sich fälschlich „kommunistisch“ nennen. Überall versuchen sie, den Kampf der Massen zu bremsen, die Werktätigen zu betrügen und ihren sozialimperialistischen Herren behilflich zu sein. Unter dem Vorwand, daß energische Massenaktionen die Militärs reizen und eine härtere Repression provozieren würden, geben sie sich ganz der schändlichen Aufgabe hin, den Protest zum Schweigen zu bringen und die Volkskämpfe einzudämmen, wodurch sie die antinationalen, demokratiefeindlichen und die Maßnahmen zur Superausbeutung des Volkes decken (vier Worte fehlen — RM). In einigen Ländern marschieren sie Arm in Arm mit den Diktaturen, die ihnen das Recht auf politische Aktivität zugestehen, das sie den Arbeitern und der Mehrheit des Volkes verweigern. Zur Täuschung des Volkes geben sie Parolen aus, mit denen sie ihre wirkliche Position zu verschleiern suchen. Ihr scheinbarer Kampf gegen den Imperialismus zielt nicht auf die Erringung der Befreiung und echten nationalen Unabhängigkeit. Ihr wahres Ziel besteht darin, der sowjetischen Herrschaft den Weg zu bereiten. Außer Lakaien der Bourgeoisie sind die revisionistischen Parteien Lateinamerikas heute Agenten des russischen Sozialimperialismus, seine fünfte Kolonne, die sich in die patriotischen Volksbewegungen eingeschlichen hat. Die Konferenz vom Mai 1975 in Havanna, an der alle revisionistischen Parteien des Kontinents teilnahmen, war eine wirkliche Orgie des Verrats an unseren Völkern. Die Revisionisten richten den Hauptstoß ihres Angriffs auf die Marxisten-Leninisten, auf die Revolutionäre, auf das sozialistische China und das sozialistische Albanien. Aber sie haben keine Zukunft, sie befinden sich in ganz Lateinamerika in Auflösung, ihre Kräfte nehmen ab, ihre Nachläufer werden weniger, ihre Politik erleidet wiederholte Niederlagen wie in Chile, wo die Farce ihres sogenannten „friedlichen Weges“ zu Tage trat. Die Revisionisten werden unausweichlich von den lateinamerikanischen Volkskräften und Revolutionären mit den marxistisch-leninistischen Parteien an der Spitze geschlagen werden. Die Fahne des Marxismus-Leninismus ist stets siegreich aus den Klassenkämpfen gegen den Opportunismus, gegen die Agenten der Bourgeoisie in der kommunistischen und Arbeiterbewegung hervorgegangen.

7. Auf der Zusammenkunft wurde ebenfalls die bedeutende Frage der gegenseitigen Solidarität und Unterstützung behandelt. Unter den Bedingungen, denen die revolutionäre Volksbewegung in Lateinamerika unterworfen ist, d. h. den Bedingungen wilder Repression, ist es notwendig, die internationale Solidarität mit dem Ziel zu entfalten, den Kampf der Völker gegen Diktatur, reaktionäre Kräfte und US-Imperialismus zu unterstützen. Es wurde unterstrichen, daß sich in bestimmten Ländern der bewaffnete Kampf als höchste Form des Volkskampfes entwickelt, wobei sich der Kampf der Volksbefreiungsarmee (EPL) in Kolumbien auszeichnet, des bewaffneten Arms der Kommunistischen Partei Kolumbiens/ML, der bereits acht Jahre andauert und den unsere Parteien entschlossen unterstützen.

Die internationale Solidarität zur Unterstützung der Opfer der Reaktion dient dazu, den gemeinsamen Feinden der Völker einen Schlag zu versetzen. Die Anprangerung von Folter und Mord an Patrioten und Demokraten und der Protest gegen repressive Maßnahmen gegen Volksbewegungen tragen zur Isolierung der Reaktionäre und zur Entlarvung ihrer Politik bei und können in einzelnen Fällen die Hände der Folterknechte anhalten und das Leben von Revolutionären und Patrioten retten. — Die Delegationen waren einig über die Notwendigkeit, die verschiedenen Solidaritätsbewegungen zu koordinieren, um ihnen die größtmögliche Breite zu geben, damit sie die fortschrittlichen Organisationen und Persönlichkeiten der verschiedenen Länder erfaßt.

Augenblicklich kommt der Forderung auf sofortige Freilassung des Genossen Mario Echenique, des politischen Sekretärs der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays, der in Buenos Aires in Argentinien eingekerkert ist, besondere Bedeutung zu. Ebenso der Forderung nach Freiheit für die patriotische Heldin Margarita Baez, die in Asunción (Paraguay) grausam gefoltert wird; für den alten brasilianischen proletarischen Kämpfer José Duarte, seit 1972 im Gefängnis; für die Führer der bolivianischen Bergarbeiter, die in ihrem Lande gefangen und die, die in Chile zwangsweise festgehalten sind; für die Tausende von gefangenen Demokraten und Revolutionäre Chiles, Argentiniens und anderer Länder des Kontinents.

8.) Die anwesenden Delegationen brachten ihr tiefempfundenes Mitgefühl und ihren tiefen Schmerz anläßlich des Todes von Genossen Mao Tsetung, Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, des unbestrittenen Führers des chinesischen Volkes, des großen Marxisten-Leninisten und des großen Lehrers des Proletariats und der unterdrückten Völker der ganzen Welt zum Ausdruck. — Unter der weisen Führung des Vorsitzenden Mao Tsetung



„A Classe Operária“, Zentralorgan der KP Brasiliens; **„Justicia“**, Zentralorgan der Revol. KP Uruguays; **„Liberacion“**, Zentralorgan der KP Boliviens/ML; **„En Marcha“**, Zentralorgan der KP Ekuadors/ML; **„no transar“**, Zentralorgan der KP Argentiniens/ML; **„el pueblo“**, Zentralorgan der Revol. KP Chiles; **„Revolucion“**, Zentralorgan der KP Kolumbiens/ML. Das Zentralorgan der KP Paraguay erscheint zur Zeit nicht.

und der Kommunistischen Partei Chinas haben das chinesische Proletariat und das chinesische Volk den revolutionären Krieg durchgeführt, die Macht ergriffen und den Sozialismus in China errichtet. — Auf diese Weise hat sich das rückständige und abhängige China in ein modernes sozialistisches Land, in ein sicheres Hinterland der Weltrevolution verwandelt. — Ebenfalls unter der Führung des Genossen Mao Tsetung wurde das bedeutende Problem der Fortführung des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats und der Verhinderung einer kapitalistischen Restauration in China gelöst. — Der Genosse Mao Tsetung erhob mit Entschlossenheit das Banner des Marxismus-Leninismus und eröffnete den Kampf gegen den modernen Revisionismus, wodurch er einen entscheidenden Beitrag zum Wiederaufbau der internationalen kommunistischen marxistisch-leninistischen Bewegung leistete. Sein Leben als das eines revolutionären Kämpfers und seine Ideen, durch die der Marxismus-Leninismus weiterentwickelt wurde, werden unauslöschlich eingeschrieben bleiben in Herz und Hirn der Völker und der Kommunisten der ganzen Welt.

9.) Die Delegationen der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas begrüßten die erfolgreichen Ergebnisse, die vom 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens erreicht wurden. Der von Genossen Enver Hoxha, dem großen und erprobten Marxisten-Leninisten, dem hervorragenden Führer des albanischen Volkes und der Völker der ganzen Welt, vorgetragene Bericht stellt einen äußerst wertvollen Beitrag zur Klärung bedeutender und entscheidender aktueller Fragen dar, die die Revolutionäre aller Kontinente beschäftigen. Er verbreitert die Perspektive des Kampfes für die Ausgebeuteten und Unterdrückten und belebt in ihren Herzen die Flamme des Vertrauens auf den Sieg ihrer Sache. Der warmherzige Aufruf zur Stärkung der Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung erweckte in unseren Delegationen lebhaftes Interesse. Wir sind sicher, daß die Beiträge des Genossen Enver Hoxha von unseren Parteien sehr gewürdigt werden und daß sie daraus Lehren ziehen werden, um ihren revolutionären Kampf zu verstärken. Die großen Erfolge des sozialistischen Albaniens beweisen die Kraft der Ideen des Marxismus-Leninismus; sie zeigen, was eine Partei, die sich auf diese Ideen stützt, alles erreichen kann. Das Beispiel der Partei der Arbeit Albaniens begeistert alle Kämpfer für die Revolution dazu, unter Überwindung aller Schwierigkeiten, die Fahnen des Kampfes für Demokratie, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus weiter voranzutragen. Daß wir den proletarischen Revolutionär und hervorragenden Marxisten-Leninisten, den Genossen Enver Hoxha, an unserer Seite wissen, erfüllt uns mit Freude und Enthusiasmus. Sein Vertrauen in die Zukunft, sein theoretischer Tiefblick und sein politischer Weitblick lassen ihn als einen der größten Revolutionäre unserer Zeit hervortreten.

10). Zum Schluß dieser brüderlichen Zusammenkunft brachten die Delegationen der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas ihre volle Zuversicht über den vollständigen Sieg des Marxismus-Leninismus über den modernen Revisionismus, den Triumph der Arbeiterklasse und der revolutionären Völker über Imperialismus, Sozialimperialismus und Weltreaktion zum Ausdruck. Wir verließen diese Zusammenkunft in noch größerer Einheit und noch stärkerer Treue zu den edlen Idealen des proletarischen Internationalismus, mit noch größerer Überzeugung von der Notwendigkeit, für die Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu arbeiten. Unsere Parteien setzen alle ihre Kräfte dafür ein, dieses Ziel zu erreichen, fest vereint mit der Kommunistischen Partei Chinas, der Partei der Arbeit Albaniens und der internationalen marxistisch-leninistischen kommunistischen Bewegung.

Delegation der Kommunistischen Partei Argentiniens/Marxisten-Leninisten

Delegation der Kommunistischen Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten

Delegation der Kommunistischen Partei Brasiliens

Delegation der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten.

Delegation der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles.

Delegation der Marxistisch-Leninistischen Kommunistischen Partei Ekuadors

Delegation der Kommunistischen Partei Paraguays

Delegation der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays

Tirana, November 1976.

Ein wichtiger Erfolg im Dienst des proletarischen Internationalismus

Mit großer Freude begrüßt die KPD/ML die gemeinsame Erklärung marxistisch-leninistischer Parteien Lateinamerikas, die von den Delegationen der Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Argentiniens/Marxisten-Leninisten, der Kommunistischen Partei Boliviens/Marxisten-Leninisten, der Kommunistischen Partei Brasiliens, der Kommunistischen Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten, der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, der Kommunistischen Partei Ekuadors/Marxisten-Leninisten, der Paraguaischen Kommunistischen Partei und der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays, die am 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens teilgenommen haben, verabschiedet wurde.

Die KPD/ML unterstützt voll und ganz die klare marxistisch-leninistische Linie und die korrekte Festlegung der Kampfaufgaben der gemeinsamen Erklärung der lateinamerikanischen marxistisch-leninistischen Parteien. Die internationale Lage analysierend, wird in der Erkärung festgestellt, daß die beiden imperialistischen Supermächte, der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, die Hauptfeinde der Völker sind, die in ihrer zügellosen Rivalität Tag für Tag neue Komplotte gegen die Unabhängigkeit der Nationen anzetteln und einen neuen Weltkrieg vorbereiten. Die Erklärung betont, daß es notwendig ist, im Kampf gegen diese beiden Supermächte eine breite, weltweite Front zu schaffen, welche alle diejenigen zusammenschließt, die sich tatsächlich dem Hegemonismus und den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte widersetzen. Gemäß den Lehren des Marxismus-Leninismus stellt die Erklärung den Völkern die Aufgabe, den revolutionären Klassenkampf auf noch höherer Stufe zu entwickeln, um ihn der Entfesselung des Krieges entgegenzustellen oder den ungerechten imperialistischen Krieg, wenn er ausbricht, in einen gerechten Befreiungskrieg zu verwandeln. Dabei betont die Erklärung entgegen allen opportunistischen und revisionistischen Theorien, daß man sich im Kampf gegen die beiden imperialistischen Supermächte nicht mit der einen verbünden kann, um die andere zu bekämpfen und daß es ein großer Fehler wäre, die Bedrohung durch eine der beiden Supermächte zu unterschätzen.

Ebenso ist die KPD/ML vollkommen solidarisch mit dem marxistisch-leninistischen Standpunkt der Erklärung, daß der Kampf der Völker in den lateinamerikanischen Ländern sich in erster Linie gegen den US-Imperialismus und die reaktionären volksfeindlichen Regime , auf die sich die US-Imperialisten bei ihrer Ausplünderung und Unterjochung des Kontinents stützen, richten muß. Vorbehaltlos unterstützen wir den korrekten Standpunkt der Erklärung, daß nur der bewaffnete Kampf der Massen und die breite Einheit der fortschrittlichen Kräfte und Strömungen unter Führung der marxistisch-leninistischen Parteien der einzige Weg ist, der die Völker zur Erringung wirklicher Freiheit führen kann. Wir freuen uns aufrichtig über die bedeutenden Erfolge, die die marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas, wie zum Beispiel die Kommunistische Partei Kolumbiens/Marxisten-Leninisten und die Kommunistische Partei Brasiliens, die im bewaffneten Kampf gegen die reaktionären Regime stehen, bereits errungen haben. Unsere volle Unterstützung gilt auch dem Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas gegen den modernen Revisionismus und die revisionistischen Parteien, die mit ihren konterrevolutionären Theorien darauf aus sind, die Massen vom Kampf für ihre Befreiung abzuhalten. Die marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas sind der beste Garant dafür, daß die Pläne und Machenschaften dieser Agenten der Konterrevolution zunichte gemacht und die Sache der Revolution und des Sozialismus in den Ländern Lateinamerikas triumphieren wird.

Der Kampf der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas, die die Völker Lateinamerikas gegen die innere Reaktion und den US-Imperialismus auf dem Weg der bewaffneten Revolution voranführen, ist für den Befreiungskampf der Völker der Welt, für den Kampf des internationalen Proletariats, für die Weltrevolution und den Sieg des Kommunismus von großer Bedeutung; denn Lateinamerika wie auch Afrika und Asien ist heute ein Sturmzentrum im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und die Reaktion. Die Einheit und Solidarität der marxistisch-leninistischen Parteien Lateinamerikas, die in der gemeinsamen Erklärung bekräftigt wird, ist in diesem Kampf eine scharfe Waffe, die unweigerlich zur völligen Niederlage des US-Imperialismus und der reaktionären Regime in Lateinamerika führen wird. Diese Einheit und Solidarität ist zugleich ein bedeutender Beitrag zur Festigung und Stärkung der Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung.

Genosse Enver Hoxha sagte auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens: ***„Es ist notwendig, daß wir als internationalistische Kommunisten unter uns Erfahrungen austauschen und daß jeder unter den Bedingungen seines Landes dem Marxismus-Leninismus entsprechend handelt. Das ist gewiß unbedingt nötig, weil auch die Bourgeoisie und die Revisionisten miteinander zusammenarbeiten. Und das tun sie in mehreren Formen und auf verschiedene Weise bis hin zu international genannten regelmäßigen Beratungen. Die Zusammenarbeit zwischen unseren marxistisch-leninistischen Parteien auf dem revolutionären Weg muß, meinen wir, allseitig sein. Es kann auch eine Situation eintreten, in der man sogar zu einer großen Beratung der Vertreter aller marxistisch-leninistischen kommunistischen und Arbeiterparteien gelangt.“*** Das gemeinsame Kommunique marxistisch-leninistischer Parteien Lateinamerikas ist ein wichtiger Erfolg auf dem von Genossen Enver Hoxha aufgezeigten Weg, die Zusammenarbeit zwischen den marxistisch-leninistischen Parteien zu stärken. Wir haben in der Vergangenheit den Kampf unserer Bruderparteien in Lateinamerika unterstützt und auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus hat sich unsere Einheit und gegenseitige Solidarität immer mehr verstärkt. Die gemeinsame Erklärung der KP Argentiniens/ML, der KP Boliviens/ML, der KP Brasiliens, der KP Kolumbiens/ML, der Revolutionären KP Chiles, der KP Ekuadors/ML, der Paraguaischen KP und der KP Uruguays, die wir deutschen Kommunisten von ganzem Herzen begrüßen, ist uns ein Ansporn, die internationalistischen Beziehungen, die Einheit und Solidarität weiter zu verstärken und gemeinsam mit allen marxistisch-leninistischen Parteien der Welt im Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus eine stählerne internationale Einheit zu schmieden, die unbedingt den Sieg der Sache der Revolution und des Kommunismus über alle Feinde herbeiführen wird, gemäß dem Schlachtruf der Begründer des Marxismus-Leninismus: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

US-Staat Michigan

Millionen Menschen vergiftet

30 000 Rinder, 15 000 Schweine und 1,5 Millionen Stück Federvieh mußten vor kurzem in den USA getötet und in einem Gebiet von 20 Morgen vergraben werden: Sie hatten über lange Zeit hochgradig vergiftetes Futtermittel gefressen. Auch die Menschen des US-Staates Michigan haben durch den Genuß von vergiftetem Tierfleisch das Gift aufgenommen. Ihre Gesundheit ist bedroht.

Erst drei Jahre, nachdem das vergiftete Futtermittel in Umlauf gesetzt wurde, wurde die Ursache bekannt. Der Chemiekonzern „Michigan Chemical Company" in St. Louis, der zum einen Süßstoff für Viehfutter herstellt, zugleich aber auch die feuerhemmende Chemikalie „Ploybrom-Phenyl" (PBB), waren die Verpakkungssäcke für die hochgiftige PBB-Substanz ausgegangen. Da die Produktion aber auch nicht für einige Stunden unterbrochen werden sollte, wurde das hochgiftige Zeug kurzerhand in Futtermittelsäcke verpackt. Weil dieser Konzern nicht auf einige Dollar Profit verzichten wollte, wurden in der Folge Millionen Menschen vergiftet. Der giftige Inhalt der Futtermittelsäcke wurde in den Silos dem Viehfutter beigemischt. Es waren ganze 2000 Pfund des PBB, von dem schon 0,2 Gramm schwere Schäden im Körper verursachen, da sich das Gift in den Zellen des menschlichen und tierischen Gewebes absetzt und nicht abgebaut werden kann.



Auf einem Gebiet von 20 Morgen wurden die Kadaver von 30 000 Rindern, 15 000 Schweinen und 1,5 Millionen Stück Federvieh vergraben.

Kurz darauf erkrankte das Vieh in der Umgegend. Die Kühe gaben kaum noch Milch, magerten ab, gebaren immer weniger Kälber. Die Kälber starben oft gleich nach der Geburt, und auch viele Kühe verendeten. Ihre giftigen Kadaver kamen in die Knochenmühle und wurden dort dem Schweine- und Hühnerfutter beigemengt. Trotz der rapide zunehmenden Krankheit unter den Tieren vermerkte die staatliche Gesundheitsbehörde als Todesursache stets „Parasiten". Erst ein Tierarzt, der sich mit dem staatlichen Befund nicht zufriedengab, da seine sorgfältigen Untersuchungen ergaben, daß es sich nicht um Parasiten handeln konnte, kam der Sache auf die Spur.

Inzwischen war seit über einem Jahr das hochgiftige Tierfleisch auf dem Markt. Vor allem die Bauernfamilien, die sich regelmäßig mit Fleisch, Eiern und Geflügel aus eigener Zucht versorgt hatten, erkrankten schwer. In einer Familie konnte die Tochter nicht mehr schlafen, den Söhnen schwollen Handgelenke, Finger und Zehen an. Der Frau mußte die Gebärmutter entfernt werden, da durch das Gift ihre Regel nicht mehr aufhörte. Und sie alle litten zugleich an Bauchschmerzen, Appetitlosigkeit, Durchfall und Depressionen.

Auch nachdem die Ursache der Vergiftungen schließlich festgestellt war, dauerte es noch Monate, bis das vergiftete Fleisch vom Markt verschwand. Der Leiter der Gesundheitsbehörde des US-Staates Michigan bekannte jetzt dazu: „Ohne Panik entfachen zu wollen, müssen wir annehmen, daß jeder Bürger dieses Staates PBB im Gewebe hat." Danach wären durch die Vergiftung, die in starken Dosierungen zum Tod, in geringeren zu Erbschäden, Unfruchtbarkeit, Gelenkstarre und Wachstumsstörungen führen kann, an die neun Millionen Menschen betroffen.

Auch bei dieser Katastrophe handelt es sich nicht etwa lediglich um eine „Verkettung unglücklicher Zufälle", sondern die Katastrophe hat letztlich ihre Ursache darin, daß der betreffende Chemiekonzern leichtfertig mit dem hochgefährlichen Gift umging, um nicht seine Produktion zu stoppen und keinen Dollar seines Profits zu verlieren.

So sieht die "Hilfe" für Rauschgiftsüchtige tatsächlich aus

Süchtige werden in den Tod getrieben

Richter, Sozialämter, Ärzte, Regierungen, bürgerliche Parteien: der ganze Staatsapparat ist sich einig: „Wir tun alles Menschenmögliche für unsere Kranken. Selbst die Rauschgiftsüchtigen führen wir mit Hilfe von riesigen Geldsummen wieder zurück ins geordnete Leben."

Wie verkommen und charakterlos müssen diese Herren sein, die so etwas behaupten, ohne rot zu werden! Dazu möchte ich berichten, wie es einer Arbeiterfamilie ging, deren Sohn seit längerem süchtig ist.

Vor drei Tagen ging er morgens zum Arzt mit einem riesigen Abszeß am Unterarm — wahrscheinlich von der letzten Heroinspritze. Der Abszeß wird gespalten, die Wunde versorgt, der Arm geschient. Der junge Mann geht nach Hause. Dort nimmt er eine große Dosis von Tabletten. (Die hat er von einem der vielen Ärzte, die er kennt, bekommen. Der verdient gutes Geld mit den Süchtigen.) Das sieht der Vater und macht ihm Vorwürfe. Der Junge dreht durch, schlägt den Vater grün und blau und schmeißt die Mutter raus. Auch reißt er sich im Rausch den Operationsverband ab. Das haben die Eltern schon öfter durchgemacht. Unter Tränen hat die Mutter mir schon einmal gesagt: „Was sollen wir denn machen. Die Gesellschaft hat ihn doch kaputtgemacht. Keiner hilft ihm. Wenn wir ihn rausschmeißen, liegt er in ein paar Monaten tot in irgend so einer Heroinhöhle oder im Straßengraben. Also nehmen wir ihn immer wieder auf. Ich glaube, es gibt nichts Schlimmeres für Eltern. Gestern kroch er wie ein Hund hier rum — er hatte zuviel genommen."

Aber diesmal ist es zuviel für die Eltern. Weinend kommt die Mutter zum Hausarzt: „Herr Doktor, ich kann nicht mehr, er schlägt meinen Mann noch tot. Jetzt muß er in die Klinik zwangseingewiesen werden." Der Hausarzt will helfen. Es gibt jetzt keinen anderen Ausweg — in diesem Staat nicht. Entweder gehen die Eltern mit drauf oder „nur" der Sohn. Also Zwangseinweisung in die Landesklinik. Dort wird zwar (fast) keiner dieser Leute geheilt, aber immerhin haben die Eltern dann mal sechs Wochen Ruhe.

Was die Mutter und der Hausarzt nun erleben, beweist eindeutig: Dieser Staat hofft, daß die Süchtigen eingehen, denn dann kosten sie kein Geld mehr. Früher steckte man auch diese Leute ins KZ, heute macht man das Ganze etwas feiner.

So sah das Bemühen des Hausarztes aus: 90 Minuten telefonieren. (Inzwischen konnte der Sohn durch die Überdosis längst krepiert sein.) Der erste Amtsarzt ist nicht zuständig, der zweite nicht da. Sein Stellvertreter ist da, aber kann nichts machen, weil er nur Stellvertreter ist. Der zuständige Amtmann ist nicht erreichbar, dessen Sekretärin rät, die zuständige Polizeidienststelle zu alarmieren. Der Polizeiwachtmeister sagt: „Ich darf nichts machen, bin nicht zuständig. Rufen Sie doch den Amtsrichter an." Der ist nicht da. Seine Sekretärin verspricht, ihn zu suchen. Nach zehn Minuten ruft der Richter an. Er ist aber nur zuständig, wenn auch der zuständige Amtsarzt dabei ist. Und der ist ja auf Dienstreise. Aber in Ausnahmefällen könne er der Polizei und dem Krankenwagen Anweisung geben. Hoch und heilig verspricht er, das schnell zu erledigen. Denn der Hausarzt schildert ihm noch mal eindringlich die Lage. — Empört, aber doch etwas beruhigt setzt sich die Mutter ins Wartezimmer. Eine Arzthelferin fährt den Schlüssel zur Polizei, damit sie in die Wohnung kann.

Zweieinhalb Stunden vergehen — der Sohn ist immer noch nicht abgeholt. Der Amtsrichter hatte doch ein schlechtes Gewissen dem Gesetz gegenüber bekommen und doch auf den dienstreisenden Amtsarzt gewartet. Ob der Süchtige inzwischen tot in der Wohnung oder irgendwo mit offener Operationswunde im Straßengraben liegt, weiß keiner. Fünf Stunden, nachdem die Mutter weinend in die Arztpraxis gestürzt war, kommt der Anruf durch den Amtsrichter: „Der Herr Amtsarzt, die Polizeibeamten und ich sind jetzt in der Wohnung des Zwangseinzuweisenden versammelt. Da der Gesuchte aber nicht anwesend ist, gehe ich — nach Rücksprache mit dem Amtsarzt — davon aus, daß er nicht durch Schlaftabletten lebensgefährdet sein kann, denn dann hätten wir ihn ja vorgefunden. Auch sind die Eltern nicht akut gefährdet, denn diese sind ja nicht anwesend. Deshalb wurde hier an Ort und Stelle der amtliche Beschluß zur Zwangseinweisung aufgehoben. Falls der Täter wieder dem Vater gegenüber tätlich werden sollte, raten wir diesem, die Polizeibeamten zu rufen." Kein Wenn und Aber des Hausarztes konnte diesen hochamtlichen Beschluß umstoßen.

Am nächsten Vormittag wiederholt sich alles. Der Hausarzt erreicht nach langem Bemühen den Amtsrichter, der in seiner Wochenendruhe gestört wird. Ausführlich und eindringlich schildert er noch mal, wie gefährdet Eltern und Sohn sind. Der Amtsrichter gibt sich einen Ruck: „Ich kann ja einfach die Aufhebung der Zwangseinweisung rückgängig machen, dann ist sie ja wieder gültig. Ich werde mich also mit dem Amtsarzt in Verbindung setzen. Sie können sich auf mich verlassen." Na endlich.

Sieben Stunden später wird der Hausarzt vom aufgeregten Nachbarn des Süchtigen angerufen: „Herr Doktor, drüben ist alles blutverschmiert. Er hat sich geschnitten!" Der Hausarzt fährt hin. Der Süchtige hat sich einige Stunden vorher mit der Brotmaschine ein Stück des Zeigefingers am noch nicht verletzten Arm abgeschnitten. Die neue Wunde wird versorgt. Eine Amtsperson ist jetzt auch telefonisch nicht erreichbar. Es ist schließlich Samstagabend.

Kann man nach alledem nun sagen: „Fürchterlich. Die armen Eltern. Aber schließlich sind sie ja für die Erziehung ihres Kindes verantwortlich. Süchtigen kann man nicht helfen."? Nein. Nicht die Eltern oder der Sohn sind hauptsächlich schuld. Einzig und allein die elenden Lebensverhältnisse, die der Kapitalismus hervorbringt, sind schuld. Sicherlich, der süchtige Sohn ist körperlich und charakterlich völlig heruntergekommen. Wenn er mal „ohne Stoff" ist, dann sieht er das selbst. Verspricht, sich völlig zu ändern. Immer fällt er dann doch wieder zurück. Aber wir brauchen uns nur anzuhören, was die Eltern dazu sagen, dann wird klar, wie das dazu kommen konnte. Der Vater sagt: „Wenn ich selbst so ein rechter Typ wär, selbst verkommen wär. Aber wir sind nicht schuld. Wir sind immer einen geraden Weg gegangen, haben immer hart gearbeitet."

Die Mutter schildert den Weg ihres Sohnes: „In der Schule wurde er immer getreten. Er ist ja Arbeiterkind. Er war auch ziemlich ungeschickt. Aber die Lehrer haben ihn nur unterdrückt. Der erste Lehrer war seelisch krank. Erst nach einigen Jahren und vielen Beschwerden meines Mannes wurde er entlassen. Der nächste Lehrer war unserem Sohn gegenüber nicht besser. Immer war er der Dumme, der zu nichts taugte. In der Lehre dann dasselbe. Dazu kam dann, daß er mit 16/17 schon oft Nachtschichten machen mußte. Dann konnte er tagsüber nie schlafen. Er ging zum Hausarzt. Der gab ihm immer Schlaftabletten mit Barbiturat drin. Davon wurde er dann süchtig. Erst viel später erfuhren wir, daß dieser Hausarzt selbst süchtig ist. Jetzt ging unser Elend richtig los. Unser Sohn kam in solche Kreise von heroinspritzenden Jugendlichen rein. Diese Leute kamen dann auch bald zu uns. Man kann gar nicht erzählen, was die so taten. Wir hofften immer, unseren Sohn durch Güte, durch alle mögliche Hilfe da rauszukriegen. Er ist auch nicht von vornherein schlecht. Das ist er erst geworden. Immer versprach er uns ehrlich, sich zu ändern. Aber dieses Gift bekam er ja überall. Wenn er einmal durch die Stadt geht, haben ihn fünf Leute angequatscht, um ihm den Stoff zu verkaufen. Wie die Kletten sind die. Und der Polizei ist das ja ganz egal — auch wenn sie in den Zeitungen immer das Gegenteil schreiben. Dann schmissen wir diese falschen Freunde zu Hause raus, kauften einen scharfen Hund und bestellten das Telefon ab. Aber alles half nichts. Unser Elend kommt von der Gesellschaft und nicht von uns selbst."

Soweit die Mutter. Auf breiter Front kämpft die Kapitalistenklasse mit den widerlichsten Methoden, mit Hilfe ihres Staatsapparates gegen die Jugend: in der Schule, in der Freizeit, in der Lehre, mit kaputter Kultur, mit Alkohol, Hasch und Heroin, mit Radio, Kino, Fernsehen. Es gibt fast keinen Bereich des Lebens, in dem sie nicht versuchen, ihr Gift unter die Arbeiterjugend zu spritzen. Nur keine Jugend, die über diese Lebensverhältnisse empört ist, keine revolutionäre Jugend. Lieber Jugendliche, die drauf gehen — das ist ihr Ziel.

Inzwischen ist der Süchtige tot. Am Abend des ersten Weihnachtstages hat er irgendwoher noch eine Dosis Rauschgift bekommen. Er ging dann zuhause ins Bett, am zweiten Weihnachtstag fanden die Eltern ihn tot im Bett. Entweder hat er eine Überdosis genommen oder ein Rauschgifthändler hat ihm Gift verkauft. Beides ist möglich.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungzeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30, Sa. 9-14 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.